

# Sozialdemokratischer Pre

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Hilfringhaus, Berlin.  
Verlagsredaktion: Kurt Dübisch 4196/4198



Anschrift für Berlin  
Berlin OS 61, 2.  
Druckerschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. April 1930

## Der Steuersenkungsplan.

Im Institut  
des Geschichtswissens  
Amstelsdijk

SPD. Einen wesentlichen Bestandteil des Moldenhauerschen Finanzprogramms, über das vor Ablauf dieser Woche die Würfel fallen sollen, bildet der am Dienstag im Reichstag zur ersten Beratung stehende Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform. Er zerfällt in drei Abschnitte. Den ersten Abschnitt stellen die Bestimmungen über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung dar, deren ursprüngliche Fassung bekanntlich vom Kabinett Brüning fallen gelassen worden ist zugunsten des Kompromisses, das den Anstoss zum Sturz des Kabinetts Müller gegeben hat. Der zweite Abschnitt will den aus den Zollerträgen für Zwecke der Invalidenversicherung bis zum Jahre 1935 gesetzlich zugesicherten Beitrag von jährlich 40 Millionen auf 20 Millionen herabsetzen und diesen verringerten Beitrag für 5 Jahre länger (also bis 1940) gewähren. Im dritten Abschnitt werden die Vorkehrungen für die Steuersenkung im nächsten Jahr getroffen.

Der Reichsfinanzminister soll, so sagt der Entwurf, gemeinsam mit dem Reichsparkommissar ein langfristiges Sparprogramm aufstellen, das die Grundlage für eine Steuersenkung schafft. "Von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1930 sind mindestens 600 Millionen im Haushalt für 1931 einzusparen." So steht es in der Vorlage, und damit punktum! Ob diese Einsparung möglich sein wird, danach wird nicht gefragt. Alle Hinweise auf die üblen Erfahrungen des letzten Jahres, die von den Vertretern der Sozialdemokratie gemacht wurden, blieben fruchtlos. Die Finanzpläne, die man im Vorsommer 1929 aufstellte, waren im Herbst über den Haufen geworfen, das grosse Reformprogramm, das im Dezember dem Reichstag vorgelegt wurde, musste im Januar fallen gelassen werden, der Nachtragsetat, den Moldenhauer im Januar einbrachte, hatte sich bis März um 70 bis 80 Millionen verschlechtert. Das alles ist jedoch Herrn Moldenhauer gleichgültig. Seine Partei verlangt von ihm die gesetzliche Festlegung der Steuersenkung fürs nächste Jahr, und er gehorcht. Er könnte gerade so gut ins Gesetz schreiben, dass es im nächsten Jahre nur an einer bestimmten Zahl von Tagen regnen dürfe.

Herr Moldenhauer selbst muss in der Begründung des Gesetzentwurfes gestehen, dass sich das Dezemberprogramm nicht habe durchführen lassen, "weil Einnahme- und Ausgabeseite sich seitdem sehr ungünstig entwickelt haben". Weiss er heute, wie sich die Einnahme- und Ausgabeseite im Verlauf der nächsten 12 Monate entwickeln werden? Er baut darauf, dass die Verpflichtung zur Schuldentilgung von 450 Millionen, die im Jahre 1930 erfüllt werden muss, sich im nächsten Jahre nicht wiederholen werde. Dabei lässt er aber ausser acht, dass mit der Schuldentilgung nicht einmal die Defizite des ordentlichen Etats von 1928 und 1929 voll abgedeckt werden. Von dem Defizit des ausserordentlichen Etats in Höhe von etwa 1350 Millionen werden im Verlauf dieses Jahres 480 Millionen durch langfristige Kreugeranleihe gedeckt werden. Es wird also schon nach den Bewegungen der Gegenwart am 1. April 1931 mit einem Kassendefizit von 900 Millionen zu rechnen sein. Um wieviel diese Berechnungen sich durch ein Sparprogramm, das nach den Anträgen des Ministers Schiele in 5 Jahren eine

Milliarde verschlingen soll, verschoben werden und welche weiteren Belastungen hinzutreten, lässt sich heute nicht voraussagen.

Ausser der nach Moldenhauers Rechnung im Jahre 1931 zu ersparenden Schuldentilgung von 450 Millionen werden nach der Begründung der oben genannten Vorlage "noch mindestens weitere 150 Millionen (darunter 60 Millionen Besatzungskosten) frei werden". Von diesen "freiwerdenden" Beträgen sollen 35 Millionen den Kriegsbeschädigten abgezwickelt und weitere 35 Millionen erst noch im Etat gesucht werden. Woran da gedacht wird, ist bis jetzt mit keiner Silbe verraten worden. Soviel ergibt sich aus dem umfangreichen finanziellen Ueberblick über den Reichshaushalt, den Moldenhauer jetzt dem Reichsrat zugeleitet hat, dass an Einsparungen beim Wehretat und bei den hohen Pensionen nicht gedacht wird. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen steht zu befürchten, dass an den sozialen Aufwendungen weitere Abstriche geplant sind, um den Spielraum für die Steuersenkungen zu gewinnen. Noch in den letzten Tagen des Kabinetts Hermann Müller ist es der Sozialdemokratie gelungen, die 22,5 Millionen für die Invalidenversicherung zu retten, die Moldenhauer ihr unter Verletzung der Lex Brüning verweigern wollte. Nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung wird es der Sozialdemokratie kaum mehr möglich sein, zu verhindern, dass die Zollbeiträge zur Invalidenversicherung gekürzt werden. Auch die Reichsbeiträge an die Krankenkassen für Wochenhilfe sollen, und zwar schon in diesem Jahr, nach Moldenhauers Vorschlägen um 15 Millionen verringert werden. Hat man angesichts dieser Tendenzen nicht allen Grund, der Festlegung auf bestimmte Steuersenkungen im nächsten Jahr mit Sorge entgegenzusehen? In dem erwähnten "Finanziellen Ueberblick" finden sich in diesem Jahr keine Gedankengänge, wie sie im vorigen Jahre zu lesen waren. Damals, als dieser Jahresbericht von einem sozialdemokratischen Minister erstattet wurde, hiess es darin:

"Die Erhaltung und Förderung der deutschen Arbeitskraft als des wertvollsten Kapitals, das Krieg und Inflation uns gelassen hat, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Nachkriegszeit gewesen. Dieser Aufgabe dient die Sozialversicherung. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist sie eine produktive Ausgabe im wahrsten Sinne des Wortes, an der zu kürzen nicht bloss eine soziale Ungerechtigkeit, sondern auch ein wirtschaftlicher Fehler wäre. Denn auch die Arbeitskraft ist ein Teil der "Wirtschaft" und die Arbeitslosenversicherung ein unentbehrlicher Bestandteil einer weitschauenden Sozialpolitik."

Heute ist das oberste Ziel der Reichsfinanzpolitik Steuersenkung, Kapitalbildung, Ausgabenverminderung. Ein Ziel, gegen das nichts einzuwenden wären wenn es von sozialen Erwägungen aus aufgestellt und unter Berücksichtigung sozialer Notwendigkeiten verfolgt würde. Wie wenig das aber bei der Regierung Brüning-Schiele-Moldenhauer der Fall ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, dass sie im Reichsrat auf die Weiterbehandlung der Einkommensteuersenkung, die vorwiegend den Lohnsteuerpflichtigen zugute kommen sollte, verzichtet hat und nunmehr die Senkung der Realsteuern als "vordringlicher" bezeichnet!!

-----  
SPD, München, 7. April (Eig. Drahtb.)

Am Montag haben sich die massgebenden Instanzen der Sozialdemokratischen Partei in Bayern (Landtagsfraktion und erweiterter Landesauschuss) mit den Folgen beschäftigt, die sich aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofes hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit verschiedener Bestimmungen des bayerischen Wahlgesetzes ergeben. Beide Körperschaften kamen einmütig zu der Auffassung, dass dem Spruche des Staatsgerichtshofes so schnell als möglich Rechnung getragen werden muss. Vom Landtag und von der Regierung wird deshalb verlangt, dass unverzüglich alle Massnahmen zur Aenderung des Wahlgesetzes getroffen werden. Die dazu von den Sozialdemokraten erhobenen Forderungen gipfeln in einer entschiedenen Angleichung des bayerischen Wahlgesetzes an das des Reiches.

-----

SPD. Mexiko-City, 7. April (Eig. Drahtb.)

Die Militärbehörden schlossen in Jalapa, Orizaba und Veracruz die illegalen Büros der Kommunistischen Partei. Zahlreiche Führer der Kommunisten wurden verhaftet. Die Ruhe ist jedoch nirgends gestört. Meldungen über eine angebliche kommunistische Revolte in den genannten Städten entsprechen nicht den Tatsachen.

-----

SPD. Die Absägung Merkers als Leiter der KPD-Gewerkschaftspolitik begleitet die kommunistische Parteipresse mit bandwurmartigen Entschliessungen und Leitartikeln. An ihnen ist bemerkenswert, dass Merker seine Kaltstellung nicht ohne weiteres hingenommen und in einem Telegramm an die Exekutive dagegen protestiert hat. In diesem Telegramm werden die Thälmann-Remmele beschuldigt, "von der revolutionären Linie abgewichen zu sein und die Position des Brandlerismus bezogen" zu haben. Das Telegramm ist von verschiedenen Berliner KPD-Funktionären unterzeichnet. Das kommunistische Zentralkomitee bezeichnet Merkers Hilferuf nach Moskau in einer Entschliessung als einen "fraktionellen Vorstoss". Bildung von Fraktionen sei jedoch unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei! Wenn Merker nicht sofort bedingungslos die begangenen Fehler anerkenne so trete automatisch der Ausschluss in Kraft. Vorerst wurde der bisherige Gewerkschaftsleiter der KPD aus der Zentrale hinausgeworfen und zur Parlamentsarbeit (in der KPD "Strafkompagnie" genannt) kommandiert.

Inzwischen ist gegen Merkers Gruppe von der Berliner Bezirksleitung das Untersuchungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses eingeleitet.

-----

SPD. Kopenhagen, 7. April (Eig. Drahtb.)

Die seit Wochen andauernden Lohnverhandlungen für 18 000 Mitglieder des Verbands ungelernter Arbeiter sind vorläufig dadurch zum Abschluss gekommen, dass der offizielle Schiedsrichter den beiden Parteien einen Vergleichsvorschlag zu einem neuen Lohnabkommen unterbreitet hat. Die beiden Parteien sollen bis zum 15. April ihre Antwort erteilen.

-----

SPD. Der Steuerausschuss des Reichstags erledigte am Montag die Vorlage über die Erhöhung der Zölle auf Mineralöle und die Ausgleichsteuer auf Mineralöle. Für die entscheidenden Teile der Vorlage erhielt die Regierungskoalition Zuzug von den Deutschnationalen, sodass eine Mehrheit für die Vorlage vorhanden ist. Die Herstellung dieser Mehrheit aber ist mit der Preisgabe wichtiger sachlicher Gesichtspunkte erkaufte worden, durch die die ursprüngliche Vorlage der Regierung erheblich verschlechtert worden ist.

Die Zollvorlage der Regierung sah eine Erhöhung des bisherigen Zolls für Benzin von 6 Mark auf 10 Mark für den Doppelzentner vor. Die Ausgleichsteuer für das in Deutschland erzeugte Benzin und Benzol soll entsprechend der Zollerhöhung für die Inlandserzeugung auf 4,80 Mark (4 Mark + 20prozentiger Zuschlag für Verpackung) festgesetzt werden. Dadurch würde eine gleichmässige Belastung der inländischen Erzeugung mit der ausländischen Einfuhr eingetreten sein. Um jedoch die Zustimmung der Deutschnationalen für die Vorlage zu gewinnen haben die Regierungsparteien einen Steuersatz von 3,80 Mark beantragt, wodurch die inländische Erzeugung um 1 Mark pro Doppelzentner begünstigt wird. Es entgehen dadurch der Reichskasse bei einer inländischen Erzeugung von etwa 500 000 Doppelzentner fünf Millionen Mark. Da der Preis für den inländischen Treibstoff ebenso hoch ist wie für den ausländischen, so erhalten dadurch die inländischen Erzeuger einen Sondergewinn in gleicher Höhe.

Ebenso bedenklich ist das zweite Zugeständnis, durch das die deutschnationalen Stimmen gekauft wurden. Die Reichsregierung wird ermächtigt, anzuordnen, dass Triebstoffe mit Spiritus gemischt werden müssen. Spiritus zu Triebstoffzwecken wird gegenwärtig von der Monopolverwaltung zu Preisen abgesetzt, die der Reichskasse einen Verlust von 50 Mark pro Hektoliter verursachen. Würde auch der zur Durchführung des Beimischungszwanges erforderliche Spiritus zu den bisherigen Verlustpreisen abgegeben werden, so würde bei einer Bemischung von 10 Prozent der Reichskasse ein Verlust von etwa 60 Mill., bei 5 Prozent ein solcher von 30 Mill. entstehen. Nach den Angaben der Regierung aber ist eine Abgabe von Spiritus zu Verlustpreisen nicht geplant, der Spiritus für Mischzwecke soll also voll bezahlt werden. Dann aber wird der höhere Gestehungspreis für Spiritus auf die Verbraucher abgewälzt werden, die dadurch mit einer weiteren Steigerung der Preise für Triebstoffe über die jetzige Zoll- bzw. Steuererhöhung hinaus zu rechnen haben werden.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Steuerausschuss haben sich gegen diese Verschlechterungen der ursprünglichen Regierungsvorlage entschieden gewehrt, allerdings ohne Erfolg. Sozialdemokratische Anträge, die die innere Ausgleichsabgabe ebenso hoch festsetzen wollten wie den Zoll, wurden abgelehnt. Ebenso erging es einem sozialdemokratischen Antrag, die Zollerhöhung gleichzeitig mit der Ausgleichsteuer in Kraft zu setzen. Nach den Beschlüssen des Steuerausschusses soll die Zollerhöhung am 15. April, die Ausgleichsteuer am 1. Mai in Kraft treten. Auch ein Antrag auf Begünstigung des Personen-Omnibus-Verkehrs und Befristung der ganzen Vorlage auf ein Jahr, sodass sie 1931 mit dem Umbau der Kraftfahrzeugsteuer in Zusammenhang gebracht werden kann, wurde abgelehnt.

Angenommen wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen schliesslich noch der Antrag, Petroleum von der Zollerhöhung auszunehmen. Der Reichskasse entsteht dadurch ein Ausfall von 7 Millionen jährlich. Der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 1930 wurde auf 10 Prozent festgesetzt.

-----

SPD. Sofia, 7. April (Eig. Bericht)

Der englische Gesandte in Belgrad stattete den massgebenden Persönlichkeiten der bulgarischen Regierung dieser Tage im Zusammenhang mit den gespannten Beziehungen zwischen Bulgarien und Südslawien und den mazedonischen Attentaten in Pirot, Kotschani, Strumitza und Palanka einen längeren Besuch ab. Der Zweck der Reise des englischen Gesandten war, sich im Auftrage seiner Regierung, die stark zum Gelingen der Verständigungskonferenz in Sofia beigetragen hat, über die Haltung der bulgarischen Regierung zu den von Belgrad gestellten Forderungen: Vorgehen gegen die unruhigen mazedonischen Organisationen und Bestrafung der Attentäter - zu informieren.

Von der bulgarischen Presse ohne Unterschied der politischen Einstellung wird die von der englischen Arbeiterregierung übernommene Vermittlerrolle zwischen Sofia und Belgrad warm begrüsst. Indem der sozialistische "Narod" der englischen Aktion besten Erfolg im Interesse einer Befriedung des ewig unruhigen Südostens Europas wünscht fügt er hinzu, dass die englische sozialistische Regierung Ehre für sich einlege, da sie keine einseitige Stellungnahme zeige, sondern die Beschwerden und Wünsche beider ständig im Zwist liegenden Länder in objektiver Weise prüfe. Ein erster Erfolg der englischen Balkanpolitik sei bereits zu verzeichnen: Sowohl in Belgrad wie in Sofia habe man den englischen Rat zur Mässigung befolgt und damit sei schon viel gewonnen.

-----

SPD. Es wird uns geschrieben: Ein nationalsozialistischer Musterknabe ist der neuerdings in der Provinz Hannover für die Nationalsozialisten als Landagitator tätige Heinrich Karl Bödecker aus Blumental bei Bremen. Bödecker ist jener Mann, der im Herbst 1928 in Parchim in der Uniform des "alten Fritz" in das Finanzamt ging und dort die Beamten mit dem Stock bedrohte. Jetzt macht er im Hannoverschen das Land unsicher. In seinen letzten Versammlungen, die er in Weste, Kr. Uelzen und im Kreise Bleckede abhielt, beschimpfte er in wütester Weise die Republik und erklärte, man müsse das heutige Regime, das ein "Verbrecherinstitut" sei, "vom Postament stürzen."

Ein Blick in das Strafregister dieses Bödecker zeigt, dass er zum nationalsozialistischen Agitator besonders berufen ist. Er wurde nach dem Krieg zwei mal wegen Diebstahls mit 25 Mark Geldstrafe, bzw. 4 Wochen Gefängnis bestraft, wegen Bettelns erhielt er eine Woche Haft und wegen Unterschlagung in 5 Fällen ein bis drei Monate Gefängnis. Seine letzte Strafe hat er im Herbst 1929 verbüsst. Seitdem wirbt er für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gegen Judentum und Republik.

-----

SPD. Madrid, 7. April (Eig. Drahtb.)

In Madrid fand am Sonntag im "Theatre Pradina" eine von den spanischen Sozialisten zu Ehren des bekannten Sozialistenführers Paolo Iglesias veranstaltete Massenversammlung statt, an der auch Delegierte ausländischer Sozialistenverbände teilnahmen. Die Redner betonten, dass Spanien heute nur dem äusseren Anschein nach in ein Stadium normaler politischer Entwicklung getreten sei. Selbst unter der Diktatur habe Spanien nicht eine so schwere politische Krise durchgemacht wie jetzt. Es sei nicht zu glauben, dass es bald zu den heiss ersehnten Wahlen kommen werde, und selbst wenn dies geschehen sollte, so würden die Wahlergebnisse gefälscht werden.

Im Anschluss an die Versammlung bildeten sich verschiedene Demonstrationzüge. Eine Gruppe jugendlicher Sozialisten, die die Internationale anstimmte, wurde von Polizeitruppen gewaltsam zerstreut. Drei Personen wurden verhaftet.

-----

SPD. Düsseldorf, 7. April (Eig. Drahtb.)

Das Düsseldorf Landkriminalpolizeiamt veröffentlicht zum Zwecke einer einheitlichen Fahndung in einer Sondernummer des Kriminalpolizeiblattes alle bisher sich ergebenden Beobachtungen der Düsseldorfer Mordtaten. Danach sind fünf der Mordtaten von dem in Haft befindlichen geisteskranken Stausberg begangen worden, während vier Morde an Hausangestellten, von einem anderen Täter, der Stausberg nachahmen wollte, ausgeführt sein sollen. Leider habe man nur eine halbwegs sichere Beschreibung des Mörders.

In der Sondernummer des Kriminalpolizeiblattes wird schliesslich noch darauf hingewiesen, dass der oder die Täter besonders in Kreisen zu suchen sind, die infolge ihrer abnormen Veranlagung schon mit Behörden, wie Polizei, Gericht, Irrenanstalt und Gefängnis, zu tun gehabt haben.

-----

SPD. Der Reichsernährungsminister will bis zu den Osterfeiertagen die angekündigten Agrargesetze durchpeitschen. Ein eigentliches Programm hat er nicht. Was er dafür zu halten scheint und was in der Öffentlichkeit immer als Schieles Programm bezeichnet wird, ist die Zusammenfassung von allen möglichen Zollerhöhungsanträgen, die die der Grünen Front nahestehenden Parteien in Form von Anträgen dem Reichstag vor 14 Tagen vorgelegt haben.

Und doch haben Schiele's Forderungen einen gemeinsamen Grundgedanken. Er zielt darauf ab, dem Reichsernährungsministerium Vollmachten zu geben, die Zölle für Brot und Futtergetreide beliebig herauf- und herunter zu setzen. Durch eine solche Vollmacht will man die Getreidepreise auf eine bestimmte Höhe bringen und halten. Das letzte Geheimnis der Schieleschen Pläne enthüllt jedoch eine Rede, die der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Brandes Ende März in Stettin gehalten hat. Er forderte eine "unpolitische Stelle, die nach dem Muster der Reichsbank diejenigen Massnahmen zu treffen habe, die notwendig seien, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf Indexhöhe zu bringen". So wie eine "unpolitische Stelle das Geld- und Währungswesen überall durch Massnahmen der Diskontpolitik, der Geldein- und Geldausfuhr, der Restriktionen lenke, so müsse auch die Agrarpolitik in ruhiges, stetiges Fahrwasser gelenkt werden". Das "ruhige stetige" Fahrwasser das Brandes meint, ist natürlich die gewünschte Übersteigerung der Agrarpreise auf jeden Fall, ohne Rücksicht auf die Wirtschaft, auf die Volksernährung und auf den deutschen Warenexport. Man will die Agrarpolitik dem Willen des Parlaments und den Auswirkungen der Notwendigkeiten der gesamten Wirtschaft entziehen. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass der Roggenpreis von 230 Mark, an dem Schiele angeblich festhalten soll, bei weitem zu hoch ist. Das haben die Vorgänge an der Berliner Produktenbörse (Septembervotierungen) eindeutig bewiesen.

Weiter will Schiele den Ausbau des ganzen Systems der Exportprämien. Die deutschen Agrarier wollen die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland völlig unterbinden. Sie wollen aber auch mit Hilfe staatlicher Mittel die Einfuhr deutscher Agrarartikel nach den Nachbarländern, wo die Landwirtschaft viel höher steht als die deutsche, erzwingen. Exportprämien (Einfuhrscheine) sollen nach den Schieleschen Plänen für Rindvieh und Rindfleisch, für Schafe und Schaffleisch und Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse gewährt werden. Wird diese Forderung verwirklicht, dann wird das dem Staat Hunderte von Millionen kosten. Der Staat wird Unsummen bezahlen, damit deutsche Erzeugnisse nach dem Ausland verschleudert werden. Während wir die deutschen Lebenshaltungskosten hoch halten, werden wir sie im Ausland drücken, was sich natürlich im industriellen Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten bald zu Ungunsten Deutschlands bemerkbar machen wird. Der Ausbau der Exportprämie, wie er Schiele vorschwebt, wird natürlich auch zu handelspolitischen Auseinandersetzungen führen. Die anderen Länder werden sich das deutsche Agrardumping nicht gefallen lassen. Ausserdem bedroht das deutsche Agrardumping die Landwirtschaften anderer Länder. Das ist, soweit Roggen in Frage kommt, in den nordischen Ländern bereits der Fall, wo eine feindselige Stimmung gegen Deutschland entstanden ist, weil Deutschland mit seinem Roggendumpingexport die dortige Landwirtschaft gefährdet.

Schiele hält ferner an der Zwangsvorschrift für die Vermischung von Roggen und Weizenmehl fest. Das ist ein Rückfall in die schlimmste Kriegswirtschaft. Dieser Rückfall wird den Roggenkonsum nicht steigern, er wird ihn verringern. Auch dürfte sich nach den Kriegserfahrungen eine Zerrüttung der Wirtschaftsmoral (Schleichhandel usw.) aus einem solchen Zwang ergeben.

Auch seine berüchtigte Gefrierfleischpolitik will Schiele fortsetzen. Als Reichsernährungsminister im letzten Bürgerblockkabinett setzte Schiele bereits die Verminderung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 125 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen durch. Jetzt will er die zollfreie Gefrierfleisch-einfuhr ab 1. Juli überhaupt aufheben. Er trifft damit die Ärmsten der Armen, denn Gefrierfleisch wird von Arbeitslosen, den Kleinrentnern, Witwen und Waisen konsumiert. Diese Schichten essen Gefrierfleisch nicht aus Übermut, sondern weil ihnen die Mittel fehlen, anderes Fleisch zu kaufen. Die Beseitigung der Gefrierfleischkontingente ist die asozialste Massnahme, die man sich denken kann. Dabei ist der deutschen Landwirtschaft damit überhaupt nicht gedient. Das zollfreie Gefrierfleischkontingent macht einen so geringen Teil des deutschen Fleischkonsums (weit unter 1%) aus, dass die Beseitigung die Markt- und die Preisbildung überhaupt nicht beeinflussen wird.

SPD. Wien, 7. April (Eig. Drahtb.)

Der "Wiener Arbeiter-Zeitung" wird aus Budapest berichtet: Die Regierung Bethlen hat nun die Affäre Windischgraetz endgültig liquidiert. Unter völliger Übergabung der Öffentlichkeit ist Windischgraetz, der nach dem Frankenfälschungsprozess wegen einer angeblichen Krankheit auf freien Fuss gesetzt wurde, amnestiert worden. Ein militärisches Ehrengericht hat inzwischen festgestellt, dass er keine ehrenrührigen Handlungen begangen hat und ihm eine grosse Entschädigung vom ungarischen Staat gebührt. Jetzt verlangt Windischgraetz nicht weniger als 40 000 Pengö, das sind etwa 2½ Millionen Mark, als Entschädigung und droht mit einem Prozess.

Mit dieser Wendung der Affäre Windischgraetz hängen gewisse Änderungen der ungarischen Innenpolitik zusammen. Da ein Teil des ungarischen Offizierskorps unter Führung des Oberkommandanten Janky sich mit der Rehabilitierung des Prinzen Windischgraetz nicht abfinden wollte, musste Janky zurücktreten. Gömbös, der frühere Kriegsminister wurde dann mit der Reorganisation und Leitung der Armee betraut.

Dazu bemerkt die "Wiener Arbeiter-Zeitung": Wie der Aufstieg des Gömbös mit der Frankenfälschungsaffäre seinen Anfang genommen hat, so findet er mit der Rehabilitierung des Frankenfälschers seine Fortsetzung.

SPD. Eine üble Hetze gegen Severing erlaubt sich der "Deutsche", das Tagesorgan der christlichen Gewerkschaften. Unter der Überschrift "Die enttäuschte Beamtenschaft" bringt er im Anschluss an einen Bericht über eine Tagung des Gesamtvorstandes des Deutschen Beamtenbundes eine Reihe von Vorwürfen gegen den früheren Reichsinnenminister, der den Beamten zwar viel versprochen, aber keine der sozialistischen Versprechungen gehalten habe. Vor zwei Jahren hätten in den Berliner Krollsälen die Beamten ihren sozialdemokratischen "Retter" zugejubelt und geglaubt, dass nunmehr für die Beamtenschaft eine neue Aera angebrochen sei. Um so bitterer sei jetzt die Enttäuschung. Nichts sei erledigt worden.

"Vor wenigen Wochen", so heisst es wörtlich in dem Hetzartikel des "Deutschen", "ist das Beamtenvertretungsgesetz, welches schon vor sieben Jahren den Reichstag beinahe zwei Jahre beschäftigte und, weil damals eine Einigung unter den Parteien nicht erzielt werden konnte und zurückgezogen werden musste, wieder an den Ausschuss zur Beratung gelangt. Das längst ersehnte Beamten-Unfallfürsorgegesetz, ein brauchbarer Entwurf, liegt seit zwei Jahren unberaten beim Reichsrat, dessen Geschäfte bekanntlich vom Reichsinnenministerium geführt werden. Der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung, ein Stück zum allgemeinen Beamtenrecht, der noch vom alten Reichstag, noch unter Keudell, in zwei Ausschusslesungen plenumsreif vorberaten, gedruckt im Bericht vorliegt, hat immer noch keine Gesetzeskraft erlangt. Dabei handelt es sich um Vorlagen, die mehr rechtlicher Art sind und keine besonderen finanziellen Auswirkungen bzw. Mehrausgaben für das Reich im Gefolge haben. Das in der Krollversammlung feierlichst versprochene neue Beamtenrecht hat ebenfalls, wie wir bestimmt wissen, auch noch keine greifbare Gestalt angenommen."

Der Angriff des "Deutschen" gegen Severing ist nichts anderes als eine Entlastungsoffensive für Brüning. In der Regierungserklärung des Kabinetts Brüning war von den Beamten mit keinem Wort die Rede. Eine immerhin nicht alltägliche Sache; denn soweit wir unterrichtet sind, ist das Kabinett Brüning das einzige, das es nicht für nötig hielt, auf die Sorgen und Fragen der Beamtenschaft einzugehen. Um Brüning nun zu rechtfertigen, schimpft man auf Severing. Der "Deutsche" kann das natürlich nur, indem er es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. So ist seine Schilderung der Beamtenschaft in den Berliner Krollsälen eine absichtliche Übertreibung. Er stellt die Dinge so hin, als ob damals Severing von den Beamten als "Retter" gefeiert worden wäre. Von einem "Retter"

war damals keine Rede. Und wie steht's nun mit den verschiedenen Gesetzentwürfen? Der Entwurf für das Beamtenvertretungsgesetz ist u.W. vom Ministerium Marx - Schlieben - Schiele (Reichsinnenminister) an den Reichsrat gekommen; der Entwurf selbst stammte nicht von Schiele, sondern von seinem Vorgänger. Seit 1925 lag der Entwurf bis Ende 1929 im Reichsrat. Severings Verdienst ist es, dass der Reichsrat sich endlich aufraffte, den Entwurf zu verabschieden. Severing ist nicht für den Inhalt des Entwurfs verantwortlich, wohl aber ist es auf sein Konto zu schreiben, dass endlich überhaupt ein Schritt vorwärts getah wurde, obwohl der Reichsinnenminister, wie dem "Deutschen" gegenüber betont werden muss, nicht die Geschäftsführung des Reichsrats bestimmt, sondern nur den Vorsitz führt. Bei dem Beamtenunfallfürsorgegesetz ist nicht das Reichsinnenministerium sondern das Reichsfinanzministerium federführend. Bei der Reichsdienststrafordnung liegen die Dinge so, dass der Entwurf vom Plenum nicht verabschiedet und durch die Auflösung des Reichstags hinfällig wurde. Schon 1928 wurden jedoch die Beratungen und Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Entwurfes mit den Organisationen aufgenommen. Manche Organisationen waren allerdings im Herbst 1928 mit ihren Vorschlägen noch nicht fertig, daher entstand damals bereits eine neue Verzögerung. Wenn Severing dann die Frage der Beamtenvertretung in den Vordergrund rückte, so war das sicherlich kein Unglück, weil die Beamtenschaft diese Frage zunächst für wichtiger und brennender hielt. Schliesslich kann aber nicht alles auf einmal erledigt werden.

Der Angriff des "Deutschen", der plötzlich wieder sein Herz für die Beamtenschaft entdeckt hat, ist ein übles Ding. Eigenartig berührt, dass auch im Organ des Deutschen Beamtenbundes, wo man eigentlich besser Bescheid wissen sollte als in der Redaktion des "Deutschen", ähnliche Vorwürfe auftauchen.

-----

SPD. Paris, 7. April, (Eig. Drahtb.)

Briand erstattete einem am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrat Bericht über den Stand der Londoner Seeabrüstungskonferenz. Das offizielle Kommuniqué über die Beratung der Minister ist sehr knapp gehalten und betont lediglich, dass "Briand in den letzten Wochen den in dem französischen Memorandum vom 20. Dezember niedergelegten Standpunkt voll und ganz gewahrt habe und in einem ununterbrochenen Kontakt mit allen auf der Konferenz beteiligten Mächten gestanden" habe. Der Rat hat dann Briand einstimmig seine Billigung ausgesprochen.

Aus dem Wortlaut des Kommuniqués mit der besonderen Unterstreichung der Unveränderlichkeit des französischen Standpunktes geht hervor, dass die Vorschläge Hendersons keinerlei grundsätzliche Änderung der französischen Haltung in London und keinerlei Abweichung von der durch Frankreich mit absoluter Integrität vertretenen These bewirkt haben. Von offiziöser Seite wird weiter mitgeteilt, dass die neue englische Initiative bisher nicht die Form einer offiziellen Demarche bei der französischen Delegation angenommen hat.

Briand wird am Dienstag nachmittag um vier Uhr nach London zurückfahren. Wenn der Eindruck, den der mit einiger Spannung erwartete Ministerrat in den hiesigen politischen Kreisen hervorgerufen hat nicht täuscht, ist auch durch den Pariser Besuch Briands am Stand der Dinge in London nicht viel geändert worden.

-----

SPD. Die Situation des Kabinetts Brüning wird von Tag zu Tag unmöglicher. Sie wird unmöglicher weil in fast allen wichtigen aktuellen Fragen nicht einmal die in ihm vertretenen Parteien seiner "Führung" folgen. Das gilt bis heute insbesondere von den Steuerprogrammen mit der 75%igen Biersteuererhöhung und gilt ebenso von den Agrarplänen, noch bevor sich die Regierung selbst

7  
einig darüber geworden ist. So schreibt z.B. die volksparteiliche "Kölnische Zeitung" zu den Absichten des Herrn Schiele, mit denen sich am Dienstag die Reichsregierung beschäftigte:

"Die Regierungsparteien müssen sich die Folgen einer Zollpolitik, wie sie von der Grünen Front angestrebt wird, klar machen, wenn sie im einzelnen zu Vorschlägen Stellung nehmen wollen, die Reichsernährungsminister Schiele als deutschnationaler Abgeordneter vertreten hatte und die er jetzt im Reichskabinett zum grossen Teil durchzusetzen versuchen dürfte. Unser Aussenhandel hat in den letzten Jahren - das zeigt die fast stetige Zunahme unsrer Warenausfuhr und das Einschrumpfen des Passivsaldo unsrer Handelsbilanz - einen erfreulichen Aufschwung genommen. Dies gilt in besonders hohem Masse von der Ausfuhr nach einigen westeuropäischen Ländern, mit denen wir in neue Handelsvertragsverhandlungen eintreten müssten, wenn wir uns zu einer Erhöhung der Gemüse-, Obst- und Weinzölle entschliessen sollten. Durch das in der Reichstagsanträgen der Grünen Front niedergelegte Ansinnen an die Reichsregierung, notfalls die in Frage kommenden Handelsverträge zu kündigen, wenn sich die betreffenden Länder nicht mit der einseitigen Erhöhung unserer Agrarzölle einverstanden erklären sollten, wird das Gebäude unsres Aussenhandelsystems in seinen Grundfesten erschüttert. In einer Zeit ausgesprochen ungünstiger allgemeiner Wirtschaftskonjunktur würde die Grundlage zerstört werden, auf der unsre Fertigwarenindustrie ihr gegenwärtiges Ausfuhrgeschäft kalkuliert hat und auf der sie sich auf dem inländischen Markt gegen den ausländischen Wettbewerb behauptet. Wir würden mit einer grossen Zahl von Ländern gleichzeitig in Verhandlungen einzutreten gezwungen sein, eine Arbeit, die allein aus technischen Gründen mit der gebotenen Schnelligkeit gar nicht geleistet werden kann. Die vom Kabinett Brüning zugesagte Aufrechterhaltung der "Kontinuität unsrer Handelspolitik" ist unvereinbar mit einem Vorgehen, das uns mit etwa einem Dutzend wichtiger fremder Länder gleichzeitig in ernste handelspolitische Gegensätze bringen würde. Die landwirtschaftliche Not fordert von den übrigen Volks- und Wirtschaftskreisen, dass sie Opfer bringen, nicht aber, dass sie sich opfern. Nationalwirtschaftlich wäre es verhängnisvoll, wenn wir im Streben nach einer Stärkung unsrer Landwirtschaft ganzen Industriezweigen die Daseinsmöglichkeiten bis zur Unerträglichkeit verkümmern würden. Noch sind die Absichten des Reichsernährungsministers und des Reichskabinetts in Dunkel gehüllt; es ist aber an der Zeit, jetzt schon vor einer Politik zu warnen, bei der wir insgesamt mehr verlieren als gewinnen würden."

Es ist nach alledem begreiflich, wenn die Reichsregierung am Montag ihre Beratungen über die Forderungen der Grünen Front auf Dienstag vertagte. Ein Zeichen dafür, dass sich nicht nur die Regierungsparteien sondern auch die Kabinettsmitglieder wieder einmal in einer wichtigen Frage nicht einig sind. Wie lange soll das noch so weitergehen Herr Brüning?

SPD. München, 7. April (Eig. Drahtb.)

In einem ausserordentlich scharf gehaltenen Artikel polemisiert der Partéivorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Schaeffer gegen das Finanz- und Steuerprogramm des Kabinetts Brüning, insbesondere gegen den Finanzminister Moldenhauer. Wörtlich heisst es in dem Artikel:

"Es muss gewarnt werden, dass das Reichskabinett etwa daran denkt, eine von einer Mehrheit des deutschen Reichstages abgelehnte Steuer auf dem Wege des Artikels 48, also durch Steuernotverordnung, durchzusetzen. Das hiesse den Namen des deutschen Reichspräsidenten missbrauchen und ihn zum Steuerbüttel des Kabinetts machen. Wenn der Herr Reichsfinanzminister glaubt, der Artikel 48 und die Auflösung des deutschen Reichstages wirkten einschüchternd auf die

Bayerische Volkspartei, so wird er sich jedenfalls der Bayerischen Volkspartei gegenüber täuschen. Die Bayerische Volkspartei kämpft um das Recht des deutschen Bundesstaates Bayern und lässt sich nicht die Zustimmung abzwingen zu Plänen, die sie für ungerecht halten muss."

SPD. Die Nachricht eines demokratischen Blattes, dass auf Anordnung des Reichsinnenministers das Material über den Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen von den zuständigen Instanzen des Reichsinnenministeriums z.Zt. zu einer Denkschrift zusammengefasst wird, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist, dass sich der Reichsinnenminister eingehend über die Ursachen des Konflikts hat berichten lassen und die von Severing eingeleitete Aktion gegen den Putschisten Frick fortzusetzen beabsichtigt.

SPD. Hannover, 7. April (Eig. Drahtb.)

Auf Betreiben der Rechten ist der Hannoversche Provinzialausschuss für Freitag zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen worden. Man plant eine Protestaktion gegen die preussische Staatsregierung wegen der kürzlich erfolgte Amtsenthebung von drei rechtsstehenden Landräten. Eine Mehrheit für diese Protestaktion würde im Provinzialausschuss nur vorhanden sein, wenn das demokratische Mitglied, das seinerzeit mit Hilfe der Rechten gewählt wurde, mit ihr stimmt.

+ + +  
Der "Soz. Pressedienst" bemerkt dazu: Die drei Landräte sind ihrer Ämter enthoben und dabei bleibt es! Keine Protestaktion des Hannoverschen Provinzialausschusses, wie sie auch lauten und mit welcher Mehrheit sie auch angenommen sein möge, wird die preussische Regierung veranlassen den einstimmig gefassten Beschluss der Amtsenthebung rückgängig zu machen.

SPD. New Dehli, 7. April (Eig. Drahtb.)

Während der Führer des passiven Widerstandes in Indien, Mahadma Gandhi, von der Polizei auch am Montag nicht belästigt wurde, gehen die Behörden gegen Gandhis Anhänger mit aller Schärfe des Gesetzes vor. In Aat, in der Nähe von Dandy, kam es zu einem Zusammenstoss zwischen Anhängern Gandhis, die Salz förderten, und der Polizei, die die Ablieferung dieses Salzes verlangte. Im Verlauf des Zusammenstosses wurden zwei Anhänger Gandhis leicht verletzt, sowie zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Gandhi hat sich daraufhin entschlossen, sich seinerseits nach Aat zu begeben und dort Salz zu fördern. Es ist offenkundig, dass Gandhi die Behörden zwingen will, ihn zu verhaften. Am Montag forderte er die Dorfbewohner in einer Botschaft auf, mit ihm in Aat Salz zu fördern und das erzeugte Salz auch dann nicht aus der Hand zu geben, wenn die Polizei gewaltsam vorgehen sollte.

Wegen der Vorgänge in Indien interpelliert erklärte der Minister für Indien Benn im Unterhaus, dass Gandhis Zug "eine gewisse Erregung" hervorgerufen habe, dass sich jedoch in Indien "wenig allgemeines Interesse" dem Zuge zugewandt habe. Da die Verletzung des Salzgesetzes erst jetzt begonnen habe, sei es zu früh, über die Wirkungen der Aktionen Gandhis irgendeine Rechenschaft zu geben.

SPD. Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonfliktes in der Massschneiderei, die am Montag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, brachten den Bekleidungsarbeitern bereits einen beachtlichen Erfolg. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Parteien, wonach "unter Ausserachtlassung des Braunschweiger Schiedsspruchs" eine neue Schiedsstelle zur Erledigung der Lohndifferenzen in der Herren- und Damenmassschneiderei gebildet wird. Die neue Schlichterstelle soll am kommenden Mittwoch vormittags 9 Uhr zusammentreten. -

+ + +

Der Braunschweiger Schiedsspruch ist also von den streikenden Bekleidungsarbeitern bereits über den Haufen geworfen worden. Dies und nichts anderes ist der Inhalt der Vereinbarung; denn schliesslich soll die neue Schiedsstelle ja nicht neben dem alten Braunschweiger Spruch noch einen neuen Schiedsspruch fällen. Zwei Schiedssprüche nebeneinander, damit sich jeder Arbeitgeber einen herausuchen kann - das wäre etwas zu viel des Guten. Der Sinn der Vereinbarung ist: das Braunschweiger Monstrum ist tot, neue Verhandlungen beginnen. Der Weg ist also frei zu einer vernünftigen, sozial erträglichen Lösung des Lohnkonfliktes. -

Die Kampffront der streikenden Bekleidungsarbeiter hat sich auf die neue Parole des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes hin sofort mit einem Ruck um 3000 auf rund 10 000 vergrössert. Die Zahl der Streikstädte ist auf 114 gestiegen, während sie zu Beginn des Kampfes 65 betrug. Der Kampfgeist der streikenden Bekleidungsarbeiter ist vorzüglich, weil sie wissen, dass sie für eine gerechte Sache kämpfen.

-----

SPD. London, 7. April (Eig. Drahtb.)

Wie aus einer amtliche geprüften Aufstellung hervorgeht, hat der "Daily Herald", der bis zum 15. März eine Gesamtauflage von rund 300 000 Exemplaren besass, seit seiner Reorganisation eine dauernde Auflage von über einer Million Exemplaren erreicht. Das Blatt der Arbeiterpartei ist damit innerhalb 14 Tagen zur drittgrössten englischen Tageszeitung aufgestiegen, ein Vorgang der in der Geschichte des englischen Zeitungswesens keinen Präzedenzfall besitzt.

-----

SPD. New York, 7. April (Eig. Drahtb.)

Die Kodakwerke kündigen anlässlich des 50 jährigen Jubiläums des ersten Kodakpatentes für nächsten Monat die Verteilung einer halben Million Kodakapparate an 12 jährige amerikanische Kinder an. Ähnliche Schenkungen sind an kanadische Kinder geplant.

-----

SPD. Der Geschäftsführer der Preussischen Landtagsfraction der Deutschen nationalen, Abg. Steinhoff, hatte sich in einer kleinen Anfrage darüber beschwert, dass der Finanzminister die nachgeordneten Stellen, den Oberpräsidenten usw. angewiesen hatte, dem "Berliner Lokalanzeiger", dem "Tag" und der "Nacht- ausgabe" ihres "hetzerischen und regierungsfeindlichen Charakters wegen" keinerlei Bekanntmachungen usw. mehr zur Veröffentlichung zu übergeben. Das Staatsministerium war gefragt worden, ob ihm diese Verfügung bekannt sei, ob es sie billige und ob es "die sachliche, auf Kritisierung unzulänglicher Regierungsmassnahmen eingestellte Haltung der genannten Blätter als hetzerisch und regierungsfeindlich" ansehe.

Ministerpräsident Dr. Braun führt in seiner Antwort aus, dass er diese Verfügung des Finanzministers billige und das Staatsministerium bei den in

Frage kommenden Blättern des Scherlverlages die Voraussetzungen jener Verfügung des Finanzministers vom 6. Dezember 1929 für gegeben ansehe, nach der, dem Sinne nach, dem heutigen Staate ablehnend gegenüberstehende Blätter auch keine gegen Entgelt zu veröffentlichenden Bekanntmachungen staatlicher Behörden zur Publikation erhalten sollen.

SPD. Die Preussische Staatsregierung dürfte am Dienstag die Versetzung des Regierungspräsidenten Jänicke von Breslau nach Potsdam beschliessen.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Am Sonnabend, den 5. April wurde der Schriftsteller und Druckereibesitzer Ernst Friedrich, Gründer und Inhaber des Antikriegsmuseums sowie Herausgeber der eingegangenen anarchistischen Wochenschrift "Die schwarze Fahne", Parochialstrasse 29, festgenommen. Friedrich war nach den angestellten Ermittlungen der politischen Polizei dringend verdächtig, kommunistische Zersetzungsschriften für die Polizei und Reichswehr wie "Der Polizeioffizier", "Alarm", "Polizeibeamte", "Grenzbeamte", "Beamte der Reichswasserschutz und der Bahnpolizei", "Soldaten der Reichswehr", "An die Laterne" usw. bis in die letzte Zeit hinein gedruckt zu haben. Bei der Durchsuchung seines Hauses wurde Beweismaterial dafür vorgefunden, dass er ausser den vorbezeichneten Zersetzungsschriften auch alle bisher erschienenen illegalen Nummern der Zeitung "Die rote Front", Organ des aufgelösten Rotfrontkämpferbundes, gedruckt hat. Das Druckmaterial hat er teils aus einem Setzmaschinenbetrieb in der Skalitzerstrasse, teils von anderer Seite bezogen. Er hat das Druckmaterial sodann aus eigenen Beständen ergänzt und die Zersetzungsschriften jedesmal in grösserer Auflage in seiner eigenen Druckerei nachts selbst gedruckt. Alle Druckschriften trugen entweder einen fingierten oder gar keinen Pressevermerk. Friedrich hielt sich auf seiner Motoryacht "Seeräuber" auf dem Rummelsburger See auf und hatte 300 Liter Brennstoff getankt. Er hatte die Absicht, sich mit seiner Yacht nach Breslau zu begeben. Kurz vor seiner Abfahrt konnte er von Beamten der politischen Polizei unter Mitwirkung des Reichswasserschutzes festgenommen werden. Auch an Bord wurde belastendes Beweismaterial vorgefunden und beschlagnahmt.

Bezüglich der von Friedrich hergestellten illegalen Zersetzungsschriften und der regelmässig illegal erschienenen Zeitung "Die rote Front" schweben beim Oberreichsanwalt und bei anderen Gerichtsbehörden zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Anreizung zum Klassenhass, Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen und Aufforderung zum Umgehorsam gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit. Friedrich wurde dem Vernehmungsrichter zugeführt, der Haftbefehl gegen ihn erlassen hat.

Es ist dieses die dritte Druckerei, die innerhalb kurzer Frist wegen Herstellung der zur Zersetzung der Schutzpolizei und Reichswehr bestimmten illegalen Druckschriften von der Polizei ermittelt, ausgehoben und überführt worden ist.

SPD. In den letzten Tagen ist in der rechtsstehenden Presse auf Grund einer rein privaten Auslassung einer dem Zentrum nahestehenden Korrespondenz immer wieder das Verhältnis der Zentrumsparthei zum Reichsbanner erörtert worden. Im Zusammenhang mit diesen Erörterungen tauchen jetzt Meldungen auf, nach denen das Zentrum in diesen Tagen den Gedanken einer Loslösung vom Reichsbanner ernstlich erwogen haben soll. Man habe sich schliesslich jedoch dahin

entschieden, von einer Loslösung zunächst abzusehen und den Einfluss des Zentrums in der Führung des Reichsbanners stärker als bisher zur Geltung zu bringen.

Von massgebender Zentrumsseite wird uns dazu mitgeteilt, dass sowohl im Parteivorstand wie im Parteiausschuss des Zentrums, die am Sonnabend und Sonntag in Berlin tagten, nicht mit einem Wort von einer Loslösung des Zentrums vom Reichsbanner die Rede gewesen ist und entsprechende Erwägungen in den massgebenden Instanzen des Zentrums auch nicht schweben. Die Auslassungen der dem Zentrum nahestehenden Korrespondenz seien als private Äusserungen des Herausgebers dieser Korrespondenz zu betrachten.

-----

Anm.f.d.Red.: Am Montag, den 14. April bringen wir eine ganzseitige Oster-Mater zum Versand. Am 22. April verschicken wir eine ganzseitige Mater zum 1. Mai.

+ + +  
In der Wiener Meldung muss es im ersten Absatz statt 40 000 Pengö 4 Millionen Pengö heissen.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf wiederhören)

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Gedanken gegen den Bürgerblock.

Ein Interview über Brüning's Politik mit Emil Ludwig.

SPD. Paris, im April (Eig. Bericht)

In achtzehn fremden Sprachen sind die Bücher Emil Ludwigs übersetzt und in Millionen Exemplaren verbreitet. Kaum ein zweiter unter den lebenden Deutschen, die so sehr das Ohr und die Sympathie des gesamten Auslandes haben, als der Verfasser von "Napoleon", "Bismarck", "Lincoln" und des "Juli 1914". Zur Zeit weilt der Dichter in Paris. Sein Aufenthalt war nicht nur ein persönliche Triumph für ihn selbst. Auch Deutschland hat davon sehr profitiert. In Leitartikel und langen Aufsätzen wurde Emil Ludwig von der gesamten Presse begrüßt. Eine französische Zeitung schrieb sogar, dass ihm Paris zu Füßen liege.

Ich habe mich mit Emil Ludwig über die innen- und aussenpolitischen Verhältnisse unterhalten, und mit seiner Genehmigung gebe ich im "Soz. Presse-dienst" diese Unterhaltung wieder :

"Wie denken Sie aussenpolitische über die Regierung Brüning-Schiele? war meine Frage. "Was ich darüber denke? Das Gleiche, was mir am Abend der französischen Youngplan-Debatte ein führender französischer Pazifist und Deputierter sagte, der seit zehn Jahren gegen den Vertrag von Versailles und für die Verständigung mit Deutschland kämpft: "Während wir in der französischen Kammer endlich den Krieg liquidieren, tritt der Deutschnational Schiele in die Reichsregierung." Dennoch, sagte Ludwig weiter, blieb der französische Pazifist hoffnungsvoll. Und auch wir sollen es bleiben. Nicht die innere Moral der Hugenberge, sondern die innere Struktur der Zeitepoche zwingt diese zur Vernunft. Europa kann nicht leben, wenn sich seine einzelnen Teile bekämpfen, und ich halte dieses Europa, die Gesamtheit, für wichtiger, als irgend einen seiner Teile. Keine patriotische Phrase hindert mich auszusprechen, dass das Gleichgewicht, die Neukonstruktion und die Zusammenfassung Europas jede nationale Erwägung in den Hintergrund drängen muss, sei sie deutsch oder französisch. Nun ist aber das Merkwürdige, dass diese deutschen nationalen Erwägungen im Mittelpunkt der Dinge stehen. Der alte Lord Balfour, soeben gestorben, ein Mann von 80 Jahren, seine Worte abwägend, sagte mir 1928 wörtlich: "Die Zukunft Europas wird von der Entwicklung Deutschlands bestimmt werden." Auch hier bin ich optimistisch gestimmt.

Unsre Unterhaltung gleitet in das innerpolitische Gebiet und Emil Ludwig meint: "Gewiss, die deutsche Demokratie hat noch viele Mängel und vieles muss nachgeholt und gelernt werden. Warum jedoch übersehen, dass die deutsche Demokratie, im ersten Ansturm die Hauptposition erreicht hat und die nicht mehr verloren gehen kann: eine Volksregierung, ohne privilegierte Klassen, der die Entscheidung aller Lebensfragen endlich in die Hand gelegt ist, vor allem die über Krieg und Frieden. Die historische Gerechtigkeit hat damit endlich ein Hauptübel beseitigt: die Trennung von Staat und Geist, die bei uns immer gewesen ist. Jene, die in den früheren Zeiten zum Handeln berufen waren, waren keine Denker, und die Denkenden wurden nicht zum Handeln zugelassen. Diese schicksalsvolle Trennung ist vorbei, und vorbei der Zustand, dass das Bürgertum, die Massen des Volkes, nur zu gehorchen und nichts zu sagen hatten. Dabei sind seit 500 Jahren alle grossen Geister, alle Männer deren Leben und Werk den deutschen Namen in die Welt getragen haben, aus dem Bürgertum entstanden, fast keiner kam aus der Klasse, die die Nation führte. Vor allem aber ist der vierte Stand, die Arbeiterschaft, in den Kreis derer aufgenommen worden, denen jede Chance geboten werden muss; ob sie dann aufsteigen, liegt an ihrem Fleiss und an ihrer Begabung. Alle Versuche, die Stimme von zehn Millionen sozialdemokratischen Wähler zu ersticken durch eine gewaltsame Auslegung der Verfassung; würde Deutschland und damit Europa in neue Verwirrungen stürzen, die das Gewissen der reaktionären Führer auf die Dauer nicht verantworten könnte. Nicht

40 000 Studenten, sondern zehn Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten tragen die deutsche Demokratie und damit die Zukunft!

Trotz der gegenwärtigen politischen Konstellation bin ich hoffnungsvoll. Das Faktum Sattler als Reichspräsident ist ein grosses Symbol. Keine vorübergehende Erscheinung. Dass dieser ehemalige Sattler so unmittelbar auf den kaiserlichen Erben folgte, ist ein historisches Sinnbild. So ist in wenigen Jahren eine Umwälzung geschehen, die wir den schweren nationalen Folgen des Krieges entgegenhalten, um das Ereignis des Weltkrieges historisch gerechter zu beurteilen.

Die Engländer sagen nach einem Unfall: "Make the best of it". Wir haben aus der Situation von 1918, die von den bis dahin regierenden Klassen verschuldet war, das Beste gemacht: nämlich die Republik! Aber wir haben eins vergessen: den dicken Trennungsstrich zu ziehen. Das romantische Gemüt der Deutschen wollte zugleich die Vergangenheit retten und die Zukunft aufbauen. Das geht nur kulturell, nicht politisch. Diese politische Seite war schlecht geführt, jene gut. Daraus folgt, dass man die Kulturgüter festhält, aber nur diese allein!"

Der Historiker und Dichter Emil Ludwig zählt dann auf, wie die kostbarsten Errungenschaften der Deutschen, sei es auf dichterischen, wissenschaftlichem oder musikalischem Gebiete aus dem politisch macht- und einflusslosen Kleinbürgertum, aus dem Volke aufgestiegen sind.

"Ist es nicht so? War nicht Goethes Grossvater ein Schneider? Schillers Grossvater: Bäckermeister! Beethovens Grossmutter: Köchin! Verfolgt man die Stammbäume dieser wahren Könige Deutschlands, so stösst man ausnahmslos auf Handwerker und Bauern, die damals die grosse Masse des schaffenden und ringenden Volkes bildeten. Ihre Erben und Enkel sind heute unsre Arbeiter und Handwerker, unsre Angestellten und die kleinen Bauern. Jetzt, nach Jahrhunderten, hat endlich diese Klasse die Macht ergriffen, nach der sie bisher kaum gestrebt hatte. Sie zu handhaben, muss sie erst lernen. Dabei wurde sie natürlich von den Reichen und dadurch noch immer Mächtigen betrogen. Das Notopfer des zehnpromzentigen Lohnabzuges vom kargen Arbeitsverdienst hat allein Deutschland in seiner schwersten Zeit gerettet. Was aber war die symbolische Antwort? Der Betrug der hauptsächlich von dem Grosskapital und der Grossindustrie herbeigeführten Inflation anno Cuno! Nachdem diese Leute den Krieg begrüsst, zu ihrem Vorteil ausgebeutet und durch uferlose Kriegsziele bis zur schlimmsten Niederlage ausgedehnt hatten, führte sie eine masslose Überhebung dazu, den Arbeiter der den Krieg durchkämpfen musste und das Land vor feindlichem Einfall bewahrte, des Dolchstosses anzuklagen."

Voller Entrüstung sagt es Emil Ludwig, und nicht minder hart ist sein Urteil, dass jetzt das gleiche Spiel bei der Frage der Lastenverteilung der Kriegsschulden und der Reparationsleistungen mit den Massen der Besitzlosen getrieben werden soll. "Solche Charaktere", so beendet Emil Ludwig die Unterredung, und er kommt dabei zum Ausgangspunkt zurück, "solche Charaktere sind nicht friedensbereit, sie sind fähig, die Ruhe Europas wiederum zu erschüttern. Bei uns und in anderen Ländern, wo ihre Kollegen und Gesinnungsgenossen sitzen."

Jakob Altmaier.

## Englisch-ägyptische Allianz ?

(Von unserem Londoner Korrespondenten)

SPD. London, Anfang April (Eig. Bericht)

Vor wenigen Tagen sind im Locarno-Saal des englischen Auswärtigen Amtes die englisch-ägyptischen Vertragsverhandlungen durch Aussenminister Henderson feierlich eröffnet worden. Aller Welt sollte dabei vor allem kund getan werden, dass zwei souveräne Staaten zukünftige Beziehungen zueinander festzulegen wünschen und es sich nicht um die Verhandlungen Grossbritanniens mit einem Vasallenstaate handele.

Während ein grosser Teil der öffentlichen Meinung Englands in diesen Unterredungen zwischen Henderson und dem nationalistischen ägyptischen Ministerpräsidenten Nahas Pascha eine logische Folge der Politik der Vergangenheit sieht und die Methode billigt, durch die Henderson, geschickt und mutig zugleich, den Führer der Wafd (Nationalpartei) an den Verhandlungstisch nach London gebracht hat, zeigt sich ein kleiner Teil der konservativen Rechten aufs äusserste erregt und beschuldigt den britischen Aussenminister der Kapitulation vor dem ägyptischen Nationalismus oder gar des Bolschewismus, den die englischen Die-hearts hinter jeglicher Freiheitsbewegung innerhalb oder ausserhalb des Empire wittern.

Die Schwierigkeiten, denen sich Henderson in seinen Verhandlungen mit Nahas Pascha gegenüber befindet, haben zum Teil ihren Grund darin, dass der Vertrag seinerzeit nicht zwischen Nahas Pascha und Henderson sondern zwischen Mamud Pascha, dem Vorgänger Nahas', und dem britischen Aussenminister entworfen worden ist. Während Mamud das Haupt einer verfassungswidrigen, diktatur-ähnlichen Regierung war, ist Nahas der erwählte Ministerpräsident des ägyptischen Volkes. Seine Stellung ist moralisch stärker und der nationalistische Druck, der auf ihn ausgeübt wird, unmittelbarer. Die Schwierigkeiten dürften sich jedoch weniger auf die geplante Allianz selbst und die sonstigen Klauseln des Vertragsentwurfes beziehen als auf die Frage des Sudans. Während Ägypten aus begreiflichen, wenn auch keineswegs durchaus gerechtfertigten Gründen die Alleinherrschaft über den Sudan fordert, wünscht Grossbritannien das sogenannte "Condominium" von 1899, d. i. die gemeinsame anglo-ägyptische Herrschaft über den Sudan fortzuführen und England hat Ägypten unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass der Vertragsentwurf in diesem, wie in anderen Punkten den "äussersten Grad britischen Entgegenkommens" darstelle. Man darf unter diesen Umständen erwarten, dass Ägypten schliesslich, nach Durchsetzung kleinerer Verbesserungen, den gegenwärtigen Vertrag annehmen und ratifizieren wird.

Diese englisch-ägyptischen Verhandlungen werfen eine Reihe grundsätzlicher Fragen auf, die nicht nur für das Verhältnis Englands zu Ägypten sondern für eine ganze Gruppe britischer Interessengebiete rund um das Rote Meer und im Mittleren Osten Geltung haben. Sie finden auf eine ganze Reihe von Ländern auf dem Seeweg nach Indien, auf dem asiatischen Landweg nach Indien und auf die Brücken von Afrika nach Indien Anwendung.

Die Arbeiter-Regierung sieht sich hier Interessensphären der britischen Politik gegenüber, die in jahrzehntelanger Arbeit vom britischen Imperialismus aufgebaut worden sind. Sie findet politische und finanzielle Abhängigkeitsgebiete, Protektorate und Halb-Protektorate, souveräne und halb-souveräne Staaten, freiwillige und unfreiwillige Vasallen vor - ein ganzes System von welt-politischen Verspannungen, die in den Jahre 1918-1924 starke Veränderungen erfahren haben. Aber auch heute ist noch alles im Fluss und ständiger Umformung unterworfen. Technisch gesprochen fällt die Politik diesen Gebieten gegenüber meist nicht unter die Verantwortlichkeit des britischen Kolonialministeriums sondern unter diejenige des Aussenamtes in London. Aber die Londoner Politik diesen Ländern gegenüber ist von Reichsgesichtspunkten bestimmt und von den wirklichen oder angeblichen Notwendigkeiten des Empire diktiert. Sie sind der

Brennpunkt, in dem sich Aussen- und Reichspolitik unmittelbar treffen.

Die Labour-Party hat nach einer kurzen Zeit des Schwankens den Reichsgedanken bejaht und sich zur Erhaltung des Empire bekannt. Sie hat damit gleichzeitig auch die stärkste Verpflichtung des Reichsgedankens, die Sicherung der Verbindung mit Indien auf sich genommen. Die politischen und strategischen Folgen, die sich aus diesen Voraussetzungen ergeben, zwingen jedoch zu Entscheidungen, bei denen eine sozialistische Partei mit ihren sittlichen und politischen Grundauffassungen auf Schritt und Tritt in Konflikt zu geraten droht.

Hier hat eine britische Regierung mit Völkern zu tun, die keineswegs im Sinne der Rassen in den tropischen und subtropischen Ländern zurückgeblieben sind; hier findet sie Völker vor, die eigene Unabhängigkeitsbewegungen besitzen und auf eine Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung pochen. Jede britische Regierung ist hier eine Gefangene der Reichsidee und eine Arbeiterregierung muss in ihrer Praxis den Weg zwischen ihren Grundsätzen und den politisch-strategischen Notwendigkeiten des Empire zu finden trachten.

Die Lösung, zu der die Arbeiter-Partei in ihrer Regierungspraxis gegriffen hat, liegt in der Ersetzung der offenen oder verdeckten Machtpolitik der konservativen oder liberalen Regierung der Vergangenheit durch den Allianz-Gedanken. Dies ist der Weg, den die Labour-Regierung gegenüber Ägypten und in ihren Zukunftsplänen für Iraq gewählt hat. Ein solcher Allianz-Vertrag geht von der grundsätzlichen Anerkennung der Souveränität des Vertragspartners aus, aber er schränkt diese Souveränität sofort wieder ein, indem er von dem Vertragspartner im Mittleren Osten oder am Roten Meer einen freiwilligen Verzicht auf einen Teil seiner Rechte als souveräner Staat verlangt. So wird im Falle Ägyptens von Nahas Pascha die Zustimmung zur dauernden Aufrechterhaltung der britischen Besatzung am Suezkanal gefordert, - eine Massnahme, die die ägyptische Souveränität trotz aller gegenteiligen Behauptungen erheblich beschneidet. Ein Vertrag, wie der Ägypten von England angebotene, kommt gewiss der nationalen Würde des bisherigen Vasallen entgegen und stellt einen ungeheueren Fortschritt gegen früher dar. Aber der Partner am Roten Meer ist nach wie vor kein freier und gleichberechtigter Meister seines Schicksals, sondern er steht als ein kleiner Staat dem moralischen Druck einer Grossmacht gegenüber.

Der Abschluss solcher Allianz-Verträge entspricht also kaum den Grundsätzen einer Partei, die sämtliche zwischenstaatlichen Bindungen auf absoluter Freiwilligkeit im Rahmen internationaler Abkommen aufzubauen wünscht. Sie entspricht wohl auch kaum den zahllosen Resolutionen, in denen die Partei ihre Gegnerschaft gegen jegliche Politik der Allianzen Ausdruck verliehen hat. So wohnt diesem Vertragssystem, das die Arbeiter-Partei in jenen Gebieten der Welt an Stelle der alten Machtpolitik zu setzen wünscht, ein Erdenrest von Imperialismus inne, der unvermeidlich sein mag, aber für eine sozialistische Partei zu tragen peinlich ist, Es ist ein aufgeklärter Imperialismus gewiss - aber Imperialismus trotz alledem. Für Ägypten freilich stellt die Allianz mit Grossbritannien einen entscheidenden Schritt nach vorwärts dar und der ägyptische Ministerpräsident wird sich darüber keiner Täuschung hingeben können, dass Ägypten mehr zugestanden wird als es von irgendeiner anderen Regierung Grossbritanniens erwarten kann.

# Aus aller Welt

Eine Rothaut findet ins Leben.

Ein Indianer wird zum Grosskapitalisten, Petroleum zu Gold - Geschäftsleute, Baptisten und Behörden ringen um anderthalb Millionen Dollar - Die Ueber-rumpelungsheirat der weissen Frau.

SPD. Das aufregende abenteuerliche Glück des Creek-Indianers Jackson Barnett, der über Nacht zu einem steinreichen, mehr noch: zu einem petroleumreichen Mann geworden ist, hält den ganzen USA-Staat Oklahoma in fiebriger Spannung. Seit Jahren ist der Staat Oklahoma mit Hilfe der amerikanischen Bundesgerichte eifrig bemüht, die in alle Winde verstreuten Vermögenswerte des Greises ausfindig zu machen und sicher zu stellen - eine Aufgabe, die bei der Verstreutheit der zahlreichen Beteiligten über die ganze Union und bei dem zer-splitterten Vermögen von über 1,5 Millionen Dollar noch manches Jahr in Anspruch nehmen wird.

Jackson Barnett ist ein unwissender, auf den Creek-Reservationen im Staate Oklahoma lebender Indianer, dessen plötzliches, vor wenigen Jahren eingetretenes Reichwerden dem so vieler indianischer Stammesbrüder ähnelt. In diesen über Nacht vom Himmel gefallenen riesigen Indianervermögen ist etwas von ausgleichender Gerechtigkeit, die dieselben Weissen, welche sich in der rücksichtslosen Vertreibung der indianischen Stämme von ihren Heimstätten nicht genug tun konnten, heute dazu zwingt, die verbliebenen kärglichen Bodenreste mit Gold aufzuwiegen.

Vor vielen Jahren erhielt Barnett durch einen Regierungsakt in Erfüllung eines Abkommens zwischen der Bundesregierung und den indianischen Stämmen einen schmalen Landstreifen zugewiesen, an dem ausser Felsblöcken und trostlosem Gestrüpp nicht viel zu sehen war. Barnett war ein des Lesens und Schreibens unkundiger Mann, der zufrieden war, in seiner ärmlichen Holzhütte inmitten der Reservation zu wohnen, und mehr schlecht als recht, sein einfaches Leben zu fristen. Der ihm zugewiesene Landstreifen stellte seinen Sonder-Landbesitz dar, mit dem es ihm vorbehaltenlich der Zustimmung des Bundeskommissars für die Indianerstämme freistand, nach eigenem Gutdünken zu verfahren.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass sich Barnett über die Existenz dieses Landstreifens oder über eventuelle Zukunftsmöglichkeiten nicht viel Gedanken machte - zum mindesten nicht, solange sich keine Ingenieure mit merkwürdigen Vermessungsinstrumenten in den verlassen daliegenden Distrikten zeigten und dem Boden ein ungewöhnliches Interesse zu schenken begannen. Zuerst verhielt sich der verwitterte Indianer allen Vorschlägen gegenüber, die ihm vermutlich vollkommen unverständlich waren, ablehnend. Erst nachdem die Behörde die Wahrnehmung seiner Interessen in die Hand genommen hatten, gestattete er mittels eines vom Regierungskommissar aufgesetzten hieb- und stichfesten Kontraktes den Ingenieuren, auf seinem Boden Bohrungen vorzunehmen. Das vorausgesehenes Ergebnis blieb nicht aus: das berühmte Cushing-Petroleumfeld von Oklahoma war gefunden.

Bis dahin war für Barnett ein Tag wie der andere verlaufen. Jetzt änderte sich alles und das Leben nahm beängstigende Auswirkungen an. Es erschienen nie gesehene gute Freunde, wohlmeinende Ratgeber, gewiegte Geschäftsleute, jeder mit einem neuen Gedanken, um dem über Nacht steinreich gewordenen Indianer das Geld aus der Tasche zu locken. Menschen, die niemals auch nur daran gedacht

hatten, der verwahrlosten Rothaut in ihrer verfallenen Hütte an den Ausläufern der Ortschaft Henryetta Aufmerksamkeit zu schenken, begannen plötzlich an dem Wohlergehen des Indianers lebhaften Anteil zu nehmen. Da er überdies in juristischem Sinne unverantwortlich war und nur verschwommene Ideen vom Geldwert besass, musste von Gerichte wegen ein Vormund für ihn bestellt werden. Das gab nun wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und dem Bundesstaate Oklahoma Anlass, die sich gegenseitig das Recht der Einsetzung eines Vormundes strittig machten. Kurz: Barnett war ein berühmter Fall geworden.

Alle Rechtsspaltereien, alle Fragen, ob der bundesstaatliche Vormund oder das amerikanische Innenministerium für seinen Fall zuständig seien, liessen Barnett kalt. Im Besitze einer stets gefüllten Tabakpfeife, guter Mahlzeiten, warmer Kleidung und eines angenehm durchwärmten Heims glich ihm sein Leben auf jeden Fall als ein schöner Traum, bis - ja, bis eine Frau in Barnetts Leben kam. Es war eine Weisse. Man weiss nicht genau, wie alles kam, aber jedenfalls kamen beide nach wenigen Stunden bereits aufs Standesamt eines nahe gelegenen Dorfes, wo sie getraut wurden.

Ein Sturm brach los. Sofort meldeten sich die Behörden, die von dem Eheakte des Indianers - vielleicht dem ersten selbständigen Akte seines Lebens - nicht vorher verständigt worden waren. In seltener Einmütigkeit suchten Bundes- und Staatsbehörden die Ehe zu annullieren. Zur Führung des Nachweises ihrer Ungültigkeit wurden Tausende von Dollars ausgegeben. Die Mühe war umsonst. Die Ehe blieb gültig.

Auch weiterhin setzte Barnett die Öffentlichkeit in kein geringes Erstaunen. Unter dem glorreichen Teapot=Dome=Regime des Innenministers Fall stellte er einen Antrag, demzufolge 550 000 Dollar aus seinem bei der amerikanischen Regierung hinterlegten Vermögen der amerikanischen Baptistenmissionsbewegung für religiöse und charitative Zwecke überwiesen werden sollte. Dafür sollte Barnett zu seinen Lebzeiten von den Baptisten die Zinsen dieser Summe zu persönlicher Nutzniessung erhalten. In einem zweiten Antrage forderte er die Ueberweisung einer gleichen Summe an seine Ehefrau, der dafür die Verpflichtung obliegen sollte, 200 000 Dollar in sicheren Papieren anzulegen und das Einkommen an Barnett zu zahlen. Die Verfügung über die Restbeträge stand ihr frei. Eine Anzahl anderer Personen und Institutionen wurden mit ähnlichen menschenfreundlichen Legaten bedacht. Merkwürdig genug: die mit dem Daumenabdruck Barnetts unterzeichneten Anträge fanden die Zustimmung Falls. Die Beträge wurden dem Wunsche Barnetts gemäss zur Auszahlung gebracht.

Als die Öffentlichkeit sich von diesen ungewöhnlichen Vorgängen Rechnung gab, brach abermals ein Sturm los, der den Staat Oklahoma zwang, gesetzliche Schritte zur Rückgängigmachung der Barnett'schen Schritte einzuleiten. Ob ihm das gelingen wird, ist eine andere Frage. Die guten Baptisten kämpfen wie die Löwen um das Geld des Indianers und dasselbe gilt von der weissen Frau, mit der Barnett nach seiner überraschenden Hochzeit zusammengelebt hat. Agenten sind im ganzen Lande auf der Suche, um die Beträge zu lokalisieren und bis zur endgültigen Entscheidung des Rechtsfalles sicher zu stellen.

Das Urteil wird Barnett vermutlich nicht mehr erleben.....

+ + +

Die Katastrophe des "D.1649". Das Unglück der Junkersmaschine "D.1649", dem der 24jährige Flugzeugführer Karl Wessel und der 23jährige Funker Connert zum Opfer fielen, ist offenbar darauf zurückzuführen, dass der Pilot infolge verlorener Orientierung die Maschine zu niedrig fliegen liess, sodass sie in voller Wucht auf den Erdboden aufprallte. Das Unglücksflugzeug, ein Schwesternflugzeug des Ozeanflugzeuges "Bremen", flog am Montag morgen 3,47 vom Flughafen Croydon bei London ab. Der Start verlief ordnungsmässig. Vom Start aus traf in Croydon jedoch keine Funknachricht ein. Nach einer halben Stunde kam dann die Nachricht, dass "D.1649" nach einem Fluge von 10 Minuten zwischen Croydon und der Meeresküste 5½ Kilometer von Foster Dawn, 20 Kilometer von London entfernt, auf Wiesengelände aufgestossen und verbrannt sei. Aus der Lage

des verunglückten Flugzeuges war zu schliessen, dass der Pilot das Flugzeug gewendet hatte, um wegen Nichtfunktionierens der Funkanlage nach Croydon zurückzufliegen. Offenbar hat er sich aber bei dem Rückflug bezüglich der Geländehöhe verschätzt. Als das Flugzeug dann auf den Boden aufschlug, platzte der Benzintank, die Maschine geriet in Flammen und verbrannte vollkommen. Die beiden Insassen konnten nur als Leichen geborgen werden. An Bord des verunglückten Flugzeuges waren etwa 400 Kilo Briefe und andere Sendungen, die verbrannten.

+ + +

Jacobys Revision verworfen! Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Montag die Revision des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Walter Jacoby verworfen, der vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beihilfe zum Betrug zu neun Monaten Gefängnis mit teilweiser Bewährungsfrist und Aberkennung der Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt worden war. Der Staatsanwaltschaftsrat hatte in dem Prozess gegen Bergmann und Genossen eine hervorragende Rolle gespielt. Bereits Ende 1925 war in dem im Juni 1925 gegründeten Lombardhaus Bergmann eine Unterbilanz von 24 000 Mark vorhanden. Durch Inserate versuchte Bergmann nun Darlehensgeber zu finden und versprach Interessenten 36 bis 48 Prozent Zinsen, obwohl keineswegs die Sicherungen vorhanden waren, die er in seinem Werbeschreiben versprach. Bergmann versuchte Interessenten zu gewinnen, deren Namen Eindruck machte. Auch Jacoby liess sich mit diesem zweifelhaften Unternehmen ein; obwohl er Kenntnis hatte, dass Bergmann wiederholt vorbestraft war, erteilte er die glänzendsten Auskünfte. Schliesslich bestellte er eine Geschäftsangestellte in seine Wohnung und diktierte ihr Auskünfte, die dann in Bergmanns Geschäft hundertfach vervielfältigt wurden. Für diese Gefälligkeit erhielt Jacoby von dem Unternehmen Bergmann etwa 650 Mark monatlich. Er hatte ausserdem noch Verbindung mit einem Privatdetektivbüro, gab diesem amtliche Auskünfte und erhielt dafür Geld. Auch sonst erraffte sich Jacoby Geld in der skrupellosesten Weise. Einer armen Witwe verschaffte er eine Beihilfe von monatlich 120 Mark. Als Provision verlangte er von ihr 10 % der Rente, die er heute noch erhält! Das Gericht hat festgestellt, dass der Angeklagte eine monatliche Einnahme von mindestens 1500 Mark hatte und er nicht aus Not, sondern aus Gewinngier handelte. Jacoby vertrat seine Revision persönlich vor dem Reichsgericht und brach während seiner Ausführungen wiederholt in Tränen aus.

+ + +

Riesenbetrug eines Hausbesitzers. Der Untersuchungsrichter vom Landgericht I in Berlin hat gegen den Berliner Hausbesitzer Story, der flüchtig ist, einen Haftbefehl erlassen. Story, Besitzer von 33 in der Inflationszeit erworbenen Mietshäusern in Berlin, wird beschuldigt, durch betrügerische Handlungen eine Ermässigung rechtmässig von ihm zu zahlender Hauszinssteuer um etwa 500 000 Mark herbeigeführt zu haben. Da Story ein durchaus einfaches Leben führte, ist nicht klar ersichtlich, was ihn zu den ihm zur Last gelegten Betrügereien verführt haben kann. Der Gesamtwert seiner Häuser beläuft sich auf etwa 5 Millionen Mark.

+ + +

Todesantrag gegen August Nogens! Nach vierstündigem Plädoyer vor dem Schwurgericht in Neustrelitz beantragte Oberstaatsanwalt Weber am Montag gegen August Nogens die Todesstrafe wegen Ermordung des kleinen Ewald Nogens sowie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Gegen den jugendlichen Fritz Nogens lautete der Antrag auf eine Gesamtstrafe von vier Jahren einen Monat Gefängnis wegen Beihilfe und Meineid; die Untersuchungshaft soll angerechnet und die Strafe ausgesetzt werden, sobald sie bis auf ein Jahr fünf Monate verbüsst ist. Der Antrag gegen Frau Kähler lautet auf sieben Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe und Meineid; hier soll die Untersuchungshaft in Höhe von acht Monaten angerechnet, ausserdem auf zehn Jahre Ehrverlust erkannt werden. Der Antrag, der dem früheren Urteil entspricht, wurde im Zuschauerraum mit lebhafter Bewegung angenommen. Die Angeklagten blieben ruhig. Jakobowski

soll nach Meinung des Oberstaatsanwalts Mittäter in der passiven Rolle, wahr-scheinlich Aufpasser gewesen sein.

+ + +  
Vom Krokodil verschlungen. In Gedong Tataan (Holländisch=Indien) ver-schlang ein Krokodil einen badenden Kolonisten. Es gelang, das Tier zu töten. In seinem Bauch fand man den Oberkörper des Unglücklichen mit Armen und Kopf unverletzt.

+ + +  
Zusammenstoss - Freispruch. Vom erweiterten Schöffengericht Breslau wurde am Montag der Eisenbahnerschaffner Skroch, freigesprochen, der sich un-ter der Anklage fahrlässiger Tötung, Körperverletzung und Transportgefährdung zu verantworten hatte. Skroch hat am 15. August 1929 0,16 nachts in der Nähe von Breslau durch Ueberfahren eines Haltsignals den Zusammenstoss des von ihm geführten Triebwagens mit einem Personenzug verschuldet. Als Ursache seiner Unachtsamkeit gab der Beschuldigte vor Gericht an, dass er infolge nervöser Ue-beranstrengung in den entscheidenden Sekunden ohnmächtig gewesen wäre. Der frei-gesprochene Oberschaffner ist bei dem Unglück schwer verletzt worden.

+ + +  
Grossfeuer. In einer Asphaltfabrik des Deutzer Industriehafengeländes explodierte am Montag ein unter einem Druck von 70 Atmosphären stehender Oel-behälter. Die Fabrik wurde in Flammen gehüllt, ein Arbeiter verbrannte leben-digen Leibes.

+ + +  
Einsturzkatastrophe in der Kirche. Während des Gottesdienstes brachen aus noch nicht aufgeklärter Ursache in Lowell (Massachusetts) mehrere der Säulen zusammen, die die Empore trugen. Die 40 Frauen auf der Empore stürzten fünf Meter tief. Drei wurden getötet, achtzehn schwer verletzt.

+ + +  
Vier Brüder ertrunken. Vor Westjütland kenterte im Sturm ein Boot, in dem vier junge Brüder sassen, die zum Fischen ausgefahren waren. Vom Ufer aus beobachtete der Vater der Brüder die Katastrophe, war aber bei dem Unwetter nicht in der Lage, Hilfe zu leisten.

+ + +  
Glück im Unglück. Eine arme Fabrikarbeiterin in Lodz hatte sich im Lau-fe von einigen Jahren für eine Mitgift ca. 200 Dollar gespart. Als sie am Ta-ge ihrer Hochzeit das Geld von der Bank abholte, wurde es ihr unterwegs ge-stohlen. Bevor sie diese traurige Tatsache den Ihrigen erzählen konnte, wurde ihr die Mitteilung überbracht, dass auf ihr Los ein Gewinn von 15 000 Zloty (ca. 7 000 Mark) gefallen sei.

+ + +  
Völkerbund gegen Syphilis. Die in zahlreichen bulgarischen Flüchtlings-dörfern grassierende Syphilis hat trotz aller behördlichen Abwehrmassnahmen einen epidemischen Charakter angenommen, sodass sich die Regierung genötigt sah, das hygienische Komitee beim Völkerbund um Entsendung von Sachverständi-gen und um die Einleitung einer Hilfsaktion anzugehen. Die Ermittlungen haben nämlich ergeben, dass in einigen Orten mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Syphilis befallen ist. Die Gesundheitsdirektion in Sofia erhielt jetzt eine Mitteilung vom Völkerbund, derzufolge noch im Laufe dieses Monats Pro-fessor Eisner-Breslau und Dr. Olsen vom Hygienischen Komitee des Völkerbun-des in Bulgarien eintreffen werden, um entsprechende Hilfsmassnahmen vorzube-reiten.



## Die Werkstättenpolitik der Reichsbahn.

### Protest der Werkmeister.

SPD. Die neuen Einschränkungen und Schliessungen von Werkstätten bei der Reichsbahn treiben nicht nur Tausende ins Elend der Arbeitslosigkeit, sie bedrohen auch die Arbeitsverhältnisse der Werkmeister und Anwärter. Zur Werkstättenpolitik der Reichsbahn hat daher eine vom Einheitsverband der Eisenbahner einberufene Reichskonferenz der Werkstätten-Werkmeister und Anwärter, die zugleich die Fachrichtung für Heiz- und Kraftwerke umfasste, am Sonntag in Berlin eingehend Stellung genommen. Die Konferenz war von rund 170 Teilnehmern aus allen Bezirken besucht.

Das Bild, das auf der Konferenz bei den Beratungen über die Personalverhältnisse entrollt wurde, ist recht wenig erfreulich. Die Arbeitsleistungen sind in den Werkstätten bis zu einem bisher nie gekanntem Höchstmass gesteigert worden. Im Gegensatz dazu haben sich die Personalverhältnisse von Jahr zu Jahr verschlechtert und die Anstellungs- und Beförderungsaussichten der in Frage kommenden Beamtengruppe immer ungünstiger gestaltet. Das unsoziale Sparsystem der Reichsbahn, wonach Beamten-Dienstposten zu einem grossen Teil mit Hilfsbeamten im Arbeiterverhältnis besetzt werden, ist im Werkstättenwesen am stärksten ausgeprägt. So werden in den Reichsbahnwerkstätten besonders im Werkmeisterdienst zu 50 Prozent und mehr Anwärter im Hilfsbeamtenverhältnis verwendet, die in der Regel erst im vorgeschrittenen Lebensalter die ihrer Dienstleistung entsprechende Beamtenstellung erreichen können. Auch die Besoldungs- und Pensionsverhältnisse der Reichsbahnwerkmeister liegen überaus ungünstig, weil ihnen die Reichsbahn trotz der späten Anstellung die im Lohnverhältnis verbrachte Dienstzeit ganz unzureichend auf die Besoldungs- und Pensionsregelung anrechnet.

Die enge Verbundenheit des Arbeitsschicksals der Arbeiter und Beamten wurde bei den Beratungen der Reichskonferenz gerade am Beispiel der Werkstättenpolitik der Reichsbahn scharf beleuchtet. Es wurde darauf hingewiesen, dass sicherlich nicht zufällig zur gleichen Zeit, wo Tausende von Werkstättenarbeitern entlassen werden sollen, in der Reichsbahnverwaltung auch eine durchgreifende Verschlechterung der Laufbahnregelung der Werkstätten-Werkmeister erwogen wird. Nach den Plänen der Reichsbahnverwaltung würden die Einkommensverhältnisse dieser Beamtengruppe, die ohnehin schon ungünstiger eingestuft ist als die entsprechenden Beamten nach dem Reichsbesoldungsgesetz, noch weiter verschlechtert. Die Beamtenanwärter im vorgeschrittenen Lebensalter würden von der Anstellung als Beamter ausgeschlossen, obwohl die Überalterung dieser Hilfsbeamten eine Folge der unsozialen Stellenabbaupolitik der Reichsbahn ist.

Gegen die Arbeiterentlassungen bei der Reichsbahn hat die Reichskonferenz durch eine einmütig beschlossene Solidaritätskundgebung mit den Werkstättenarbeitern Protest erhoben. Sie stellt darin fest, dass seitens der zentralen Instanzen des Einheitsverbandes alles geschehen ist, um durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung und dem Generaldirektor die drohenden Entlassungen zu verhüten. Mit dem Vorstand des Einheitsverbandes ist die Konferenz darin einig, dass die Verdichtung der Arbeit in den Werkstätten und die damit verbundene Erhöhung der Kopfleistung unbedingt die Einführung der Achtstundenarbeitszeit

in den Werkstätten zur Folge haben muss. Mit grosser Befremdung nimmt sie davon Kenntnis, dass die Reichsbahnhauptverwaltung es abgelehnt hat, dem Antrag des Hauptvorstandes und des Hauptbetriebsrates auf Fortfall der tariflich vereinbarten Überzeitarbeit stattzugeben. Das sei umso bedauerlicher, als durch die nun nunmehr durchzuführenden Werkstätten - schliessungen und - Einschränkungen Arbeiterkollegen zur Entlassung kommen sollen, die zum Teil 20, ja sogar 30 Jahre im Dienst der Reichsbahn stehen. Die Reichskonferenz wendet sich mit Entschiedenheit gegen eine derartig rücksichtslose Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft in einer Zeit riesiger Arbeitslosigkeit, wo anderweit Lohn und Brot nicht zu finden sind. Sie fordert von der Gesellschaft, dass nun endlich Massnahmen getroffen werden, damit die Rationalisierung des Werkstättendienstes sich nicht weiter zum Schaden des Personals auswirkt, sondern den Beamten wie den Arbeitern endlich einmal auch einige Vorteile bringt.

---

SPD. Der Regierungswechsel im Reich bringt für die Sozialversicherung neue Gefahren. Hugenberg, der Retter des Kabinetts Brüning, ist als Freund und Gönner sozialpolitischer Scharlatane wie Haartz und Konsorten ohnehin nicht gut auf die Sozialpolitik zu sprechen. Wenn auch die Taktik der Sozialreaktionäre nicht die gleiche sein dürfte wie während der Regierung Müller, in der die Sozialdemokratie vertreten war - das Wühlen und Bohren hinter den Kulissen wirkt darum nicht weniger gefährlich sein. Der Invalidenversicherung wird ganz offen erklärt, dass sie ihren Riemen enger schnüren müsse, und in den sozialpolitischen Fachorganen ist die durch den Vorstoss des Hansabundes entfachte Debatte über die Kürzung der Reichszuwendungen an die Invalidenversicherung bereits voll im Gange. Das Reichsarbeitsblatt bringt in seiner neuesten Nummer 10 vom 5. April eine bedeutsame Abhandlung über "Sozialversicherung und Reichshaushalt", worin die Reichsbeiträge nach Grund und Zweck, nach Art und Ausmass dargelegt werden. In der Abhandlung wird auch die Schrift des Hansabundes "Invalidenversicherung und Reichshaushalt" beantwortet.

Der Hansabund beurteilt, um für eine Kürzung der Reichszuwendungen Stimmung zu machen, die Finanzentwicklung der Sozialversicherung im frischfröhlichen Optimismus. Er behauptet die amtlichen Berechnungen und Schätzungen bedürften stärkerer Korrekturen; sie seien zu pessimistisch, da auf der Einnahmenseite wesentliche Momente ausseracht gelassen seien, die für die nächsten Jahre einnahmesteigernd wirkten, während auf der Ausgabenseite die voraussichtliche Steigerung der Ausgaben überschätzt sei. Wer die Reichszuwendungen an die Invalidenversicherung kürzen will, muss natürlich so reden. Begründet ist dieser Zweckoptimismus nicht. Dass eine Sanierung in den nächsten Jahren kommen muss, steht heute schon fest. Es handelt sich nur darum, wann die Sanierung einsetzen muss, ein paar Jahre früher oder später. Wenn die Reichszuwendungen wegfallen, dann muss sie selbstverständlich schon recht bald einsetzen. Besondere Gutachten sind in dieser Frage kaum notwendig, und es ist deshalb nicht recht einzusehen, warum, wie in der sozialen Praxis vorgeschlagen wird, zur Klärung des Streites zwischen Hansabund und Reichsarbeitsministerium über die Finanzentwicklung der Invalidenversicherung eine Sachverständigenkommission eingesetzt werden soll. Der Wert derartiger Kommissionen ist - das konnte man im vorigen Jahr beim Kampf um die Arbeitslosenversicherung beobachten - doch etwas zweifelhaft. Reizt das Resultat der Arbeit der Sachverständigenkommission für die Arbeitslosenversicherung so sehr zu einer Wiederholung des Experimentes bei der Invalidenversicherung?

Bei der Invalidenversicherung haben sich die Sozialreaktionären unter der Führung des Hansabundes schon recht weit vorgewagt, wenn man bedenkt, dass sich sogar die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegen eine Kürzung der Reichszuwendungen ausgesprochen hat. Sie lehnt in ihrer dieser Tage ver-

öffentlichten Denkschrift zur Reform der Sozialversicherung einen weiteren Leistungsabbau in der Invalidenversicherung ab, ebenso aber auch eine Streichung oder Kürzung der Reichszuschüsse, der Reichsbeiträge oder der Reichszuwendungen. "Durch eine derartige Massnahme", so heisst es in der Denkschrift, "würde die Invalidenversicherung noch früher zahlungsunfähig werden. Die Kürzung der Reichszuschüsse würde es neben der früheren Zahlungsunfähigkeit dieser Versicherung notwendig machen, in absehbarer Zeit die Beiträge in einem Umfange zu erhöhen, der mit der Lage der Wirtschaft nicht vereinbart werden kann."

SPD. In Genf fand dieser Tage eine internationale Beamtenkonferenz statt. Die Hauptberatungspunkte waren Arbeitszeit und Urlaub. Die Beamtenvertreter traten dafür ein, dass in der Arbeitszeitfrage eine Ausdehnung der Erhebungen auf das Personal der Post- und Telegraphenverwaltungen erfolgt. Auch die Frage einer internationalen Regelung der Arbeitszeit des Behördenpersonals auf der Grundlage der 48 Stundenwoche wurde in die Erörterungen miteinbezogen. In der Urlaubsfrage sprachen die Beamtenvertreter den Wunsch aus, dass das Internationale Arbeitsamt eine Enquete über die Gewährung von bezahltem Urlaub durchführe. Die Vertretung des Amtes teilte mit, dass die Regelung des Schwangerschaftsurlaubes für weibliche Beamte in den einzelnen Ländern sehr verschieden sei. Im Laufe des Jahres werde die Urlaubsregelung vom Amt einer Untersuchung unterzogen. Der Sekretär der Beamteninternationale Noordhoff gab dazu die Anregung, dass diese Untersuchung sich auch auf die Gewährung von Urlaubszuschüssen erstrecke.

SPD. Sowjetrussland will seine Eisenbahn reorganisieren. Zur Zeit sollen fünf Eisenbahnwerkstätten umgestellt werden. Moskau hat daher den Wunsch, dass die Reichsbahn zwei höhere Beamte des verkehrstechnischen Dienstes nach Russland beurlaubt und zu gleicher Zeit eine grössere Anzahl russischer Eisenbahnbediensteter in die deutschen Eisenbahnwerkstätten zur Schulung zulässt. In der Unternehmerpresse wird vor den russischen Wünschen gewarnt. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meint, Moskau wolle anscheinend auf legalem Weg russische Agitatoren und Spione nach Deutschland schicken.

Die Befürchtungen der Unternehmerpresse sind übertrieben. Schon seit längerer Zeit kommen vereinzelt russische Eisenbahner nach Deutschland, um hier zu lernen und ebenso sind auch bereits deutsche Eisenbahnbeamte in Russland tätig gewesen. Die deutschen Eisenbahnergewerkschaften haben keine Angst vor russischen Spionen und Agitatoren. Von den russischen Eisenbahnern, die bisher in Deutschland waren, hat sich keiner mausig gemacht. Sie haben auch gar keine Veranlassung dazu, denn schon ihr Kommen zeigt den deutschen Eisenbahnern, dass Moskau noch immer etwas von Deutschland lernen kann und deutsche Eisenbahnkräfte nötig hat, um seinen Eisenbahnbetrieb zu verbessern. Moskau braucht deutsche Hilfe und hat schon aus diesem Grunde ein Interesse daran, dass die von ihm geschickten Eisenbahner nicht zu Beschwerden Anlass geben.

SPD. Der Bergbauindustriearbeiter-Verband teilt mit, dass einem Briefwechsel kommunistischer Funktionäre zufolge am 16. März in Essen die Gründung eines kommunistischen Verbandes der Bergarbeiter stattgefunden hat. Er soll die ausgeschlossenen Oppositionellen in einem legalen Verband zusammenschließen. Denn man tau!

# Wirtschaft Technik Handel

## Das privatisierte Maismonopol.

SPD. Eine der letzten Massnahmen der Regierung Müller war die Ersetzung des Maiszolls durch ein Maiseinfuhrmonopol. Die Roggenpreise waren in den letzten Wochen bis auf 140 Mark pro Tonne (d.h. 85-90% des Vorkriegsstandes) gesunken und es bestand die Gefahr, dass angesichts der grossen Maisüberschüsse in der ganzen Welt die Roggenpreise, die in einem engen Zusammenhang mit den Gersten- und Maispreisen stehen, noch weiter absackten. Die Verhinderung solcher ausgesprochenen Katastrophenpreise liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse der Verbraucherschaft. Das Maismonopol sollte nun die Aufgabe haben, die Roggenpreisregulierung von der Maisseite her zu unterstützen und zwar selbstverständlich nicht nur durch Steigerung der inländischen Maispreise, sondern auch durch Senkung der Maispreise, wenn einmal die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt sich änderten und die Interessen der Verbraucherschaft durch Überhöhung der Getreidepreise bedroht sind. Das Maismonopol ist daher als ein Baustein zu der von der Sozialdemokratie als richtig erkannten und angestrebten öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Getreidebewirtschaftung anzusehen.

Die sich überstürzenden Ereignisse der letzten Tage haben jedoch dem Maismonopol ein wesentlich anderes Gesicht gegeben, als es im Interesse einer vernünftigen Getreidewirtschaft wünschenswert gewesen wäre. Bei Verabschiedung des Maismonopols war ursprünglich vorgesehen, dass 51% des Gesellschaftskapital in Reichshänden blieben. Als selbstverständlich wurde ausserdem angenommen, dass mit der Geschäftsführung des Maismonopols nicht eine neue, erst zu schaffende Geschäftsstelle beauftragt wird, sondern dass diese zur Vermeidung einer Zersplitterung in die Hände der bereits bestehenden halböffentlichen Getreidegesellschaften, d.h. Getreidehandels-Gesellschaft und Getreideindustriekommis-sions-Gesellschaft gelegt wird.

Die Fragen der Ausgestaltung des Maismonopols und die Zusammensetzung des Verwaltungsrats usw. sollten in den Ausführungsbestimmungen zum Maisgesetz geregelt werden. Der Entwurf dieser Ausführungsverordnung wurde im Reichstag erst am 27. März mittags bekannt. Dabei wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt, dass dieser Entwurf des Reichsernährungsministers Dietrich in keiner Weise den früheren Plänen über die Ausgestaltung des Maismonopols entsprach. Der Reichsernährungsminister war vielmehr den Einflüssen des Getreidehandels völlig unterlegen. Seine Pläne zur Ausgestaltung des Maismonopols bedeuteten nichts anders als eine Auslieferung des Monopols an den Handel und die Landwirtschaft. An dem Gesellschaftskapital des Maismonopols war nach den Plänen Dietrichs das Reich überhaupt nicht zu beteiligen; von dem 100 000 Mark Stammkapital übernahmen der Handel 65 000 Mark und die landwirtschaftlichen Genossenschaften 35 000 Mark. In dem 15 Mann starken Verwaltungsrat der Gesellschaft sollten 7 Vertreter der Landwirtschaft und 3 Vertreter des Handels, im Aufsichtsrat sogar 10 von 14 Mitgliedern Handelsvertreter und 4 landwirtschaftliche Genossenschaftsvertreter sein. Weder Vertreter der Verbraucherschaft noch der Mais verarbeitenden Industrie, auch nicht Vertreter der öffentlichen Getreidehandelsgesellschaften sollten in den Verwaltungs- und Aufsichtsrat auf-

genommen werden. Der Geschäftsbetrieb des Maismonopols war nicht an den öffentlichen Getreidehandelsgesellschaften anzugliedern, sondern getrennt aufzuführen.

Der Ernährungsminister Dietrich trieb damit doppeltes Spiel. Der Vorwurf der Illoyalität, wenn nicht gar Unehrllichkeit kann dem früheren Ernährungsminister nicht erspart bleiben. Selbstverständlich ist die Sozialdemokratie wegen dieser für sie unerträglichen Privatisierung des Maismonopols unter Ausschaltung öffentlich-gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte sofort beim Reichsernährungsminister vorstellig geworden. Wenige Stunden später, d.h. bevor neue Verhandlungen aufgenommen werden konnten, war aber das Kabinett Müller gestürzt. Der erste Regierungsakt des neuen Ernährungsministers Schiele war, die von seinem Vorgänger ausgearbeitete Maisverordnung in Kraft zu setzen.

Das Maismonopol in seiner gegenwärtigen Form ist also alles andere als ein organischer Baustein zur öffentlichen Getreidewirtschaft. Es ist den öffentlichen Getreidehandelsgesellschaften nicht angegliedert, was bei dem engen Zusammenhang zwischen Roggenpreis- und Maispreisbildung zwangsweise zu Doppelarbeiten, wenn nicht zu einem ausgesprochenen Gegeneinanderarbeiten führen muss. Die Auslieferung der Geschäftsabteilung an den privaten Handel stellt eine offene Brückierung der halböffentlichen Getreidehandelsgesellschaften dar. Bei dem ausserordentlich starken, wenn nicht ausschlaggebenden Einfluss des Handels auf die Geschäftsführung und Ausgestaltung des Maismonopols ist ausserdem keinerlei Gewähr gegeben, dass einzelne Handelskreise, die im normalen Maisgeschäft nur mit geringen Verdienstspannen rechnen können, auf Grund ihrer Beziehungen zum Maismonopol ungerechtfertigten Nutzen aus dieser öffentlichen Einrichtung ziehen. Der Vetterwirtschaft im Maisgeschäft ist dadurch Tür und Tor geöffnet. Der Handel selbst sagt hierzu in bekannt selbstloser Weise: "Gegen die Errichtung eines Maismonopols hat sich der Handel bis zuletzt aufs stärkste gewahrt, doch konnte er sich nach Annahme des Gesetzes der Durchführung nicht entziehen und hat sich für den Ausbau zur Verfügung gestellt. Dabei hat er die Stellung beansprucht, die er auf Grund seiner Tätigkeit verlangen konnte. Der Handel trägt jetzt in der Hauptsache das Monopol und wird es in loyaler (!) Weise durchführen."

Die Interessentenherrschaft im Verwaltungs- und Aufsichtsrat des Maismonopols gibt jedoch darüber hinaus für die allgemeine Maispreispolitik zu schwersten Befürchtungen Anlass. Ähnlich wie sich im Beirat des Branntweinmonopols, der über die Übernahmepreise und die Abgabepreise von Branntwein zu bestimmen hat, landwirtschaftliche Erzeuger und industrielle Verarbeiter die Hände reichen, um auf Kosten des Reichs und der Steuerzahler hohe Übernahme- und niedrige Verkaufspreise festzusetzen, werden sich im Maismonopol die Vertreter des Handels und der Landwirtschaft, die zusammen die absolute Mehrheit haben, sehr leicht über die Geschäftspolitik verständigen. Der Handel, der an der absoluten Preishöhe des Mais verhältnismässig uninteressiert ist, wird der Landwirtschaft weitestgehende Konzessionen zu einer ausgesprochenen Maispreisträberei machen, wofür die Landwirtschaft als Gegendienst die Interessen des Handels wahrnehmen wird. Zwar hat der Ernährungsminister das Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des Verwaltungsrats, er wird sich aber hüten, bei der "glänzenden" Zusammensetzung des Verwaltungsrats von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

---

SPD. Die Verwaltungsstelle des Maismonopols hat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Heukamp ihre Arbeit aufgenommen. Dazu wird vom Reichsernährungsministerium eine Verlautbarung verbreitet, in der es u.a. heisst:

"Die Reichsmaisstelle hat die Aufgabe, für eine erleichterte Abwicklung laufender Maisgeschäfte Sorge zu tragen, die nachweislich vor dem Bekanntwerden

der Absichten der Reichsregierung über das Maismonopol abgeschlossen worden sind. Zu diesem Zwecke wird die Reichsmaisstelle Mais, der auf Grund solcher Geschäfte nach dem Inkrafttreten des Maisgesetzes aus dem Ausland eingeführt wird und im Zollinland in den Verkehr gebracht werden soll, zwar vom Einführenden übernehmen, dabei aber, soweit wie irgend möglich, es einzurichten versuchen, dass die ursprünglichen Käufer des Maises ihn wieder erwerben. Der Verkaufspreis soll in solchen Fällen 180,- RM für eine Tonne waggon- oder kahnfrei inländischer Ankunftshafen oder waggonfrei trockene Grenze betragen. Es darf nach den Erfahrungen, die seit dem 1. April nach dieser Richtung bereits in kleinem Umfange gemacht worden sind, angenommen werden, dass die Abwicklung der laufenden Maisgeschäfte ohne nennenswerte Störungen verlaufen wird. Soweit bei dem Verkaufspreis von 180 RM für eine Tonne die alten Abschlüsse wider Erwarten nicht aufrecht erhalten werden, wird die Reichsmaisstelle den Mais selbst anderweitig verwerten.

Liegt der Übernahmepreis im Einzelfalle über dem Betrag von 180 RM für eine Tonne, so wird der Mais zum Übernahmepreis abgegeben werden. Saatmais, der der Reichsmaisstelle selbst mehr als 180 RM für eine Tonne kostet, wird mit einem Zuschlag von 2,50 RM für eine Tonne verkauft werden.

Weiterhin ist beschlossen worden, dass die Reichsmaisstelle, um nicht mit der technisch undurchführbaren Aufgabe des Kleinhandels belastet zu werden nicht verpflichtet ist, a) Mais, der als Saatgut im Zollinland in den Verkehr gebracht wird, in Mengen unter 15 dz, b) anderen Mais in Mengen unter 100 Tonnen an den einzelnen zu verkaufen.

Die vorstehenden Bestimmungen haben Geltung vom 1. bis zum 13. April 1930 einschliesslich."

---

SPD. Die Verträge zur Errichtung eines Stickstoffsyndikats sind am Montag in Berlin unterzeichnet worden. Das Syndikat ist zunächst für eine Dauer von 7 Jahren geplant. Wesentlich ist die Einbeziehung der Stickstofferzeugung auf den Ruhrzechen. Dadurch ist der jahrelange Streit zwischen dem Farbentrust und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie vorerst geschlichtet worden.

---

SPD. Die Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine hat die Mühlen der Konsumgenossenschaften "Eintracht" in Essen und "Wohlfahrt" in Bochum übernommen. In beiden Mühlen können täglich etwa 225 Tonnen Getreide verarbeitet werden, davon 120 Tonnen zu Roggen- und Weizenmehl und etwa 105 Tonnen zu Roggen- und Gerstenschrot. Neben anderen Gründen, die zur Übernahme führen, war es in der Hauptsache die Einsicht der beiden Vereine, dass in einigen Jahren in diesem Bezirk eine Grossmühle der GEG errichtet wird und neben einem solchen Grossbetriebe die Vereinsmühlen keine Existenzberechtigung mehr haben.

---

SPD. Die belgische Postverwaltung hat einen Kabelauftrag im Werte von über 58 Millionen Franken an drei deutsche Firmen, Felten u. Guilleaume, AEG und Siemens u. Halske-Berlin übertragen.

---

## Mehlmarkt bleibt leblos.

(Berliner Getreidebörse vom 7. April.)

SPD. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse waren am Montag für Weizen um  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Mark höher. Für Roggen zeigten sich nur geringfügige Abweichungen nach oben und unten. Im Verlaufe der Börse schwächte sich jedoch die Steigerung für beide Artikel leicht ab. Am Lokomarkt war das Angebot an effektivem inländischen Weizen knapper geworden und bei guter Kauflust der Mühlen liessen sich auch hier um 2 Mark höhere Preise erzielen, zumal vom Ausland festere Meldungen vorlagen. Roggen dagegen war reichlicher angeboten und konnte zu den letzten Notierungen umgesetzt werden. Der Mehlmarkt war wieder vollkommen leblos. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert; jedoch zeigte sich keine Kauflust, die über den dringendsten Tagesbedarf hinausgeht. Hafer wurde in geringem Umfange zu unveränderten Preisen angeboten. Geschäfte kamen jedoch nur wenig zustande, da die Käufer bestrebt waren, zu billigeren Preisen Ware zu erwerben.

	<u>5. April</u>	<u>7. April.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	262 - 265	264 - 267
Roggen	163 - 165	164 $\frac{1}{2}$ - 166 $\frac{1}{2}$
Braugerste	189 - 202	190 - 202
Futter- und Industriergerste	178 - 188	180 - 189
Hafer	159 - 169	158 - 168
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,25-37,25	29,50-37,50
Roggenmehl	23,75-26,75	24,00-27,00
Weizenkleie	10,00-10,75	10,25-11,00
Roggenkleie	10,25-11,00	10,50-11,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 275 $\frac{3}{4}$  und Brief (Vortag 273 $\frac{3}{4}$ ), Juli 283-282 (281 $\frac{1}{2}$ ). September 267-267 $\frac{1}{4}$  (266 $\frac{1}{2}$ ). Roggen Mai 184-182 (184 $\frac{1}{4}$ ), Juli 192-191 (193). September 193 $\frac{1}{2}$ -191 $\frac{1}{2}$  (193). Hafer Mai 174 (178), Juli 187-183 $\frac{1}{2}$  (188).

## Amtliche Eiernotierungen.

(7. April)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) über 65 Gramm 11 $\frac{1}{4}$ -11 $\frac{1}{2}$ , 60 gr 10 $\frac{1}{4}$ , 53 gr. 9, 48 gr. 8 $\frac{1}{4}$ , frische Eier 53 gr 8 $\frac{1}{2}$  aussortierte kleine und Schmutzeier 6-6 $\frac{1}{2}$ . Auslandseier: Dänen 18er 11 $\frac{1}{4}$ , 17er 10 $\frac{1}{2}$ , Holländer 60-62 gr. 9 $\frac{3}{4}$ . 11, Rumänen 7 $\frac{1}{2}$ , Ungarn 7 $\frac{1}{2}$ -8. Russen normale 7 $\frac{1}{4}$ -7 $\frac{1}{2}$ , Polen normale 7 $\frac{1}{4}$ , kleine, Mittel-, Schmutzeier 6 $\frac{1}{4}$ -6 $\frac{3}{4}$ . Tendenz: ruhig.

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,40 bis 1,60, Rote 1,50-1,80 Gelbfleischige 2,30 bis 2,50 Mark.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 26

Berlin, den 7. April 1930.

Bekämpfung des Mädchenhandels.<sup>x</sup>

SPD. Der Völkerbund hat seit seiner Gründung die Bekämpfung des Mädchenhandels und damit der Prostitution und mittelbar der Geschlechtskrankheiten unter seine humanitären Aufgaben eingereiht. Er konnte dabei an Versuche anknüpfen, die schon vor dem Kriege unternommen wurden, um durch internationale Zusammenarbeit der Versorgung der Bordelle mit "junger Ware" einen Riegel vorzuschieben und zu verhindern, dass junge, tatfrohe Mädchen, die sich für eine scheinbar einwandfreie günstige Auslandsstellung engagieren lassen, in Wirklichkeit in den Bordellen irgendwelcher berüchtigter ausländischer Städte landen. 1904 vereinbarten 13 hauptsächlich europäische Staaten, sich gegenseitig kriminalpolizeiliche Unterstützung bei der Aufspürung und Verfolgung von Mädchenhändlern zuzusichern, und 1910 wurde von den gleichen Staaten ein regelrechtes Abkommen abgeschlossen, das schon die drei Prinzipien enthielt, auf denen auch die Bekämpfung des Mädchenhandels durch den Völkerbund beruht: erstens Ueberwachung der Stellenvermittlungen, die Auslandsstellungen anbieten, zweitens strengste Bestrafung aller Personen, die Minderjährige (unter 21 Jahren) an Bordelle vermitteln und drittens Auslieferung ergriffener Mädchenhändler zur Bestrafung.

Schon die erste Völkerbundsversammlung im Jahre 1920 erkannte die Notwendigkeit, diese internationale Aktion gegen den Mädchenhandel und die Prostitution im allgemeinen wieder aufzunehmen und, wenn möglich, zu verschärfen. Im Juni 1921 fand eine Staatenkonferenz statt, die ein internationales Völkerbundsabkommen zur Bekämpfung des Mädchen- und Kinderhandel einsetzte. Dem Ausschuss gehören neben Vertretern der Staaten auch Vertreter der Frauenorganisationen an, die sich den Schutz der im Ausland reisenden Frau zur Aufgabe gesetzt haben. Später hat auch die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einen Sitz in der Kommission erhalten, und die internationale Kriminalpolizeivereinigung ist neuerdings ebenfalls zu den Sitzungen zugelassen worden. Aufgabe und Begrenzung der Wirkungsmöglichkeit dieses Ausschusses, der zur Zeit wieder eine Tagung in Genf abhält, sind einerseits durch seinen beratenden Charakter, andererseits durch die Tatsache gegeben, dass eine Reihe der Länder, in denen Prostitution und Mädchenhandel blühen, weder dem Abkommen von 1921 beigetreten sind noch sonst irgendwelche Sympathien für eine internationale Bekämpfung der Prostitution zeigen. Es ist 1921 auch nicht gelungen, wesentlich über das Abkommen von 1910 hinauszugehen und einen internationalen Feldzug gegen die Prostitution im allgemeinen einzuleiten. Der Ausschuss konnte positiv überhaupt seit dem Jahre 1925 wirken, denn so lange dauerte es, ehe genügend Staaten das Abkommen von 1921 ratifiziert hatten. Aber seitdem hat der Ausschuss ein wertvolles Material über das zweifellos komplizierte Prostitutionsproblem zusammengetragen.

Die Länder, deren Nicht-Teilnahme durchgreifende Massnahmen gegen den Mädchenhandel hemmen, sind die grossen südamerikanischen Staaten Argentinien und Brasilien und eine Reihe mittelamerikanischer Staaten. Erst in der gegenwärtigen Tagung wurde z.B. von der Vertreterin der polnischen Frauenorganisation wieder bitter darüber geklagt, dass der Mädchenhandel in den grossen südamerikanischen Städten wie Montevideo, Rio de Janeiro, Buenos Aires eine sichere

Zufluchtsstätte habe, und dass es so gut wie unmöglich sei, europäische minderjährige Mädchen, die erst einmal in diesen Städten verschwunden seien, mit Hilfe der dortigen Polizeibehörden freizubekommen. Eine andere Zufluchtsstätte der Mädchenhändler bilden gewisse türkische und ägyptische Häfen, während die Situation im fernen Osten, in Japan und China, so wenig mit europäischen Maßstäben gemessen werden kann, dass der Ausschuss beschlossen hat, durch einige Vertrauensleute an Ort und Stelle eine Untersuchung anzustellen, um erst dann Folgerungen zu ziehen.

Die beratende Natur des Ausschusses - wie denn in der Hauptsache die ganze Tätigkeit des Völkerbundes auf diesem Gebiete beratender Natur ist - zwingt ihr sich darauf zu beschränken, durch die Sammlung und Unterbreitung von Material die Regierungen von der Notwendigkeit gewisser Massnahmen zu überzeugen. So bemüht sich die Mehrheit des Ausschusses, die Länder, die noch Bordelle aufrechterhalten, davon zu überzeugen, dass eine Aufhebung der Bordelle einen Kulturfortschritt bedeutet, und hat zu diesem Zweck eine Reihe von Berichten aus den Ländern eingeholt, die in den letzten Jahren die Reglementierung der Prostitution aufgehoben haben. Diese Berichte zeigen fast ausnahmslos, dass die von der Aufhebung der Bordelle befürchteten gesundheitlichen Schädigungen - Zunahme der Geschlechtskrankheiten - so gut wie nirgends eingetreten sind. Erst in dieser Tagung berichtete die Vertreterin der französischen Frauen, dass Frankreich die Bordelle im Elsass aufgehoben, und dass eine sehr eingehende Untersuchung der Entwicklung seit der Aufhebung der Bordelle ergeben habe, dass die Geschlechtskrankheiten seitdem sogar abgenommen hätten und auch sonstige schädliche Folgen nicht eingetreten wären. Der Vertreter der französischen Regierung teilte mit, dass Frankreich auf Grund dieser günstigen Ergebnisse beabsichtige, die Bordelle im ganzen Lande langsam abzubauen. Der Ausschuss empfiehlt weiter die Errichtung weiblicher Polizei, da die Erfahrungen in den Ländern mit weiblicher Polizei, z.B. in deutschen Städten, gezeigt haben, dass der Schutz der weiblichen Jugend durch die Mitwirkung der weiblichen Polizei erheblich besser durchgeführt werden könne.

Was die Situation des Frauenhandels und der Prostitution im allgemeinen anbelangt, so ergab auch die diesmalige Tagung, dass die Mittel der Mädchenhändler raffinierter geworden sind, und dass die Prostitution sich besser maskiert als früher. Gewaltsame Verschleppung von Mädchen kommt in Europa kaum mehr vor; dagegen sind gefälschte und irreführende Verträge das beste Lockmittel der Agenten. Für die jüdische weibliche Jugend in Polen hat sich die sogenannte "Stille Ehe" als ein gefährliches Werkzeug der Mädchenhändler entpuppt. Nach jüdischem Ritus ist es möglich, dass eine Ehe nur durch Ringwechsel vor einem Aeltesten der Gemeinde geschlossen wird. Die Mädchenhändler jüdischer Herkunft schliessen einfach eine solche Ehe, und erst im Auslande erfährt das Mädchen, dass es juristisch nicht als Ehefrau gilt. Dann aber steht es meist mittellos da und wird von seinem angeblichen Ehemann vor die Wahl gestellt, in ein Bordell zu gehen oder zu verhungern. Ueberhaupt lässt die Bekämpfung von Scheinehen und von betrügerischen Verträgen noch viel zu wünschen übrig. Auch die Altersgrenze von 21 Jahren bildet ein Hemmnis für die Verfolgung der Mädchenhändler. Deshalb hat der Ausschuss in seiner gegenwärtigen Tagung beschlossen, den Regierungen zu empfehlen, diese Altersgrenze fallen zu lassen, sodass als Mädchenhändler jeder verfolgt werden kann, der eine Frau in ein Bordell liefert, ganz gleich, welchen Alters die Frau ist.

---

SPD. Der kleine indonesische Diener war wirklich ein lieber, braver Kerl, der etwa dreiundzwanzigjährige braune Bursch, der als Diener bei einem mir befreundeten indonesischen Arzt in Amsterdam den ganzen Haushalt versorgen musste. Ein echtes Proletarierkind wie so viele seinesgleichen, die von der in Europa studierenden Bourgeoisie ihres Volkes in das nordische Land mitgenommen werden, weil sie sich besser der aus hinduistischen Zeit noch herrührenden Kastenscheidung anzupassen vermögen als ein europäisches Hausmädchen. Welches deutsche Mädchen würde es sich als Hausangestellte gefallen lassen, wenn ihre Arbeitgeber, um den Abstand zu wahren, grundsätzlich nur Dialekt zu ihr sprächen, aber von ihr aus gleichen Gründen reines Hochdeutsch verlangten? Der kleine Lagiman, mit dem wir durch flüchtige Botengänge näher bekannt wurden, sobald er im Auftrage seines Brotherrn zu uns kam, kannte es, wenn er Javanisch sprach, nicht besser. Für ihn gehörten sein Dienstherr und dessen Frau zu den höheren Völkern, wie er sich in gebrochenem Holländisch ausdrückte, während er als Angehöriger der niedrigeren Völker garnicht daran denken durfte, sich mit ihnen auf eine Stufe zu stellen.

Sie sind ein Stück soziales Problem für sich, diese männlichen indonesischen Dienstboten, die zugleich Köchin und Hausmädchen spielen müssen. So weit sind sie wenigstens durchweg geschult, dass sie lesen und schreiben können; ein vollständig ungeschulter Kuli würde schliesslich zur Verwaltung eines ganzen Haushaltes überhaupt nicht in der Lage sein. Das Reiskochbuch mit weit über 100 Rezepten der Reiszubereitung ist ihr heiliges Buch, an das sich diese halben Kinder bei der Zubereitung der verschiedenen Reisspeisen halten müssen. Dann halten sie die Wohnung rein und bedienen ihre Arbeitgeber, wobei allerdings das in Europa übliche auf den Knien in die Stube Hineinrutschen im allgemeinen weggefallen ist.

Alle diese Tätigkeiten einer Hausfrau lagen auch dem kleinen Lagiman ob. Man konnte ihm, der doch noch ein grosser Junge war, die Sorgen oft von der hohen Stirn unter dem glänzenden schwarzen Haar ablesen; die Küche, an die er nun einmal gebannt war, blieb ihm eine Stätte der Qual. Er war begabt; er konnte flott zeichnen und selbst malen, und diese Fertigkeit musste umso mehr verwundern, als er eigentlich sein eigener Lehrer gewesen war. Was sein Auge sah, das zeichnete seine rastlose Hand nach. Er konnte ganze Stunden auf Besuch bei uns sein, ohne irgendwie zu stören. Er hatte allein einen kleinen Block oder ein Notizbuch und einen Bleistift nötig, um Gesichter und Gegenstände naturgetreu auf dem Papier wiederzugeben. Dann hatte er plötzlich im Zimmer irgendein ihm fesselndes Stück, eine Hundegruppe aus Gips oder etwas Ähnliches, entdeckt; er sprang auf, stellte sich in der richtigen Weise zum natürlichen oder künstlichen Lichtquell und begann zu zeichnen.

Aus der alten Kunst seines Volkes hatte Lagiman sein Talent geübt. Ein altes, zerschlissenes Buch, das manche schöne altjavanische Sage mit Abbildungen enthielt und nur etwas nach Küchenezutaten duftete, da er es auch in der Küche mit sich herumschleppte, hatte ihm die ersten Anleitungen gegeben. Die Wajangpuppen, diese alten Fabelgestalten, deren Ursprung des indische Festland ist, und die auf Java wieder ihren eigenen javanisch-nationalen Charakter angenommen haben, dienten ihm als erste Studienobjekte. Ihre grellen Farben, rot, blau, gelb und grün, lockten ihn an, und nach den Bildern in diesem Buche begann Lagiman sie nachzuzeichnen. Was erst noch unbeholfen und tastend war, wurde allmählich immer formvollendeter. Er malte sie, wie dies in seinem fernen Vaterlande gebräuchlich ist, auf Tuch. Dann machte ich ihn auf Amsterdams Kunstsammlungen aufmerksam, und der junge Bursch ging dorthin, um sich wieder eine neue Welt zu erschliessen. Aus dem javanischen wurde trotz Küche und Haushalt der europäische Maler. So stand der wackere Junge dann oftmals in der Küche seines Herrn

und Gebieters, zwischen schmutzigem Geschirr, das der säubernden Hand harpte und sich mehr und mehr aufstapelte, und noch nicht weggeräumten Speiseresten, und er vergass sich, was man ihm wirklich nicht übelnehmen konnte, und begann, während der Reis auf dem Gasherd sich verkochte, zu zeichnen, als ob die ganze Welt um ihn herum versunken wäre. Drinnen in der Stube aber sass der indonesische Arzt mit Frau und Kind und, was noch schlimmer ist, alle drei mit hungrigen Mägen. Aber Lagiman hatte über seiner Kunst nicht nur seinen eigenen Hunger, sondern auch den seines Brotherrn vergessen.

Lagiman ist ein Typus, denn wenn er auch eine besondere Begabung hatte, so sind doch seine Kollegen, von denen wir durch ihn im Laufe der Zeit manche kennen lernten, nicht minder intelligent. Es ist das Unglück dieser jungen Menschen, dass die in Holland studierenden indonesischen Intellektuellen ihnen viel zu wenig Verständnis entgegenbringen. Mit dem niederländischen Proletariat können sie nur schwer Fühlung gewinnen, da ihre Arbeitgeber es nicht immer gern zu sehen scheinen, wenn sie die holländische Sprache lernen. Auch der gute Lagiman machte durch uns, die Deutschen, seine ersten schüchternen Gehversuche in der niederländischen Sprache.

Ich nannte ihn Lagiman, und erst nach bald zwei Jahren kam ich dahinter, wie sein Familienname lautet. So unterwürfig wird dieses Proletariat von seinen eigenen bessergestellten Rassegenossen gehalten, dass es kaum in die Gelegenheit kommt, seinen Familiennamen zu gebrauchen. Dennoch begriff der kleine Diener mich schnell, als ich ihm klar machte, dass man sich in Europa nicht mit seinem Vornamen, sondern mit seinem Familiennamen vorstellt. Als er zum ersten Male zu uns kam, war er noch so eingeschüchtert, dass er auf die in Holland allgemein gebräuchliche Anrede "Mein Herr (Mijnheer)" in undeutlichem Holländisch stammelte, dass er kein Herr sei.

Lagiman ist auch insofern ein Typus, als das in ihm in Europa langsam erwachsende Klassenbewusstsein unter den gleichen Umständen auch die Tausende seiner Kollegen erfasst, die die demokratischere Luft unseres Kontinentes einatmen. Wohl war mir an Lagiman stets sein Talent interessant, aber der Mensch Lagiman, dieser Typus des aufsteigenden indonesischen Proletariates, war mir doch unendlich interessanter. Vielleicht verkörpert sich in ihm und seinen Leidensgefährten mehr Zukunft seines grossen Volkes als in den mit abendländischer Wissenschaft übersättigten Intellektuellen, die wohl auch für die Freiheit der Indonesen streiten, aber doch die uralte Kastenscheidung im wohlverstandenen Eigeninteresse nicht zu arg erschüttern möchten.

Otto Burgemeister (Amsterdam)

---

### Sexualprobleme der amerikanischen Jugend.<sup>x</sup>

---

SPD. Gibt es überhaupt Sexualprobleme der amerikanischen Jugend? - Durch die verdienstvollen Bücher des Richters Lindsay ist bei uns in vielen Kreisen die Meinung verbreitet, dass die amerikanische Jugend, auf sich gestellt und unter eigener Verantwortung, diesen ganzen Fragenkomplex glanzvoll gelöst hätte. In Wirklichkeit jedoch werden Lindsays Vorschläge zur Sexualreform nicht nur von den Kreisen der Eltern, sondern auch von der amerikanischen Jugend längst nicht mit der gleichen Begeisterung aufgenommen wie in den Ländern des alten Europa. Diese Erscheinung lässt sich ohne eine genauere Kenntnis des amerikanischen Volkscharakters nicht leicht verstehen. Aufschlussreiches Material zu dieser Frage bot ein kürzlich in Berlin gehaltener, auf reichen persönlichen Erfahrungen beruhender Vortrag des Herrn Dr. Moslé (in der Gesellschaft für Sexualreform). Vor allem ist das "Seelenklima", in dem die jungen Menschen drüben aufwachsen, viel kühler als bei uns. Grundsätzlich ist die Koedukation

durchgeführt: Selbst in Privatschulen trennt man die Geschlechter höchstens in der Pubertätszeit, während in den Grund- und oberen Klassen immer die gemeinsame Erziehung durchgeführt wird. Das Zentrum des Jugendlebens ist in die Schule verlegt, die auch für die Geselligkeit und den gesellschaftlichen Verkehr der Schüler untereinander Sorge trägt.

Eigenartig für unsre Begriffe ist das Verhältniss der Jugend zur älteren Generation. Als Nachkriegserscheinung trat eine allgemeine "Verjüngung" in der Erscheinung wie in den Sitten der Älteren ein, die durch eine Art von Torschlusspanik hervorgerufen wurde. Die aus Europa heimkehrenden Soldaten brachten gewöhnlich eine Auflockerung ihrer noch ganz unter der Ideologie des Puritanertums stehenden "sittlichen Erziehung" mit. Sie verlangten ihren Teil auch an den sinnlichen Freuden dieser Welt. Dieser "Aufruhr der Jugend" liess die ältere Generation fühlen, dass ihre Zeit ablaufen und sie vielleicht ausgeschlossen sein könnte von der Tafel der Freude. Diese "Torschlusspanik" zeigt sich sowohl in den Verjüngungen der äusseren Erscheinung, die wir bei amerikanischen Geschäftsleuten und Staatsmännern konstatieren, wie auch in manchem uns sonderbar anmutenden Brauch des gesellschaftlichen Lebens. Man duzt sich nicht nur in den Familien; selbst oberflächliche Bekannte grüssen sich mit dem Rufnamen, und in Geschäften und Warenhäusern ist die Parole ausgegeben worden, jedes weibliche Wesen als "Fräulein" zu titulieren (im Gegensatz zu der "gnädigen Frau", die bei uns als die schmeichelhaftere Anrede gilt). Die Jugend jedoch reagiert auf diesen Einbruch ins Jugendland dadurch, dass sie unter sich eine "Einheitsfront" bildete und der älteren Generation wegen dieser ihr kindisch erscheinenden Sitten erst recht das Vertrauen kündigte. Sie versuchte, das Sexualproblem auf eigene Faust zu lösen, und verrante sich dabei in mancherlei Sackgassen. Die "petting party" ("Knutschparty") entartete zu grob handgreiflichem Flirt, der bei Jungen und Mädchen gleicherweise als "good sport" galt. Selbst ein mehrmaliges Wechseln des Partners an einem Abend wurde unter Altersgenossen durchaus nicht als anstössig empfunden.

Heute endlich ist die Zeit gekommen, in der der Sättigungspunkt erreicht ist; die Jugend lehnt von sich aus sogar Gespräche über Dinge der Liebe ab, die für sie nur eine Angelegenheit erotischer Technik geworden ist. Ein gewisses Mass von Schuld deren trifft auch die in den Schulen betriebene Art von Aufklärung, die sich allein auf die Mitteilung biologischer Tatsachen beschränkt, ohne die seelische Seite der Liebe und des Liebesbundes zweier Menschen im geringsten zu berücksichtigen. Liebe ist auch dem jungen Amerikaner noch immer identisch mit einem Madonnenkult der Frau, der ihn zwingt, erhebliche Mengen seiner Sexualität entweder zu sublimieren (der Kult des "business", des erfolgreichen Geschäftes, ist zum Teil sublimierte Sexualität) oder zu verdrängen. Ebenso wie wir in Europa wieder von der "neuen Sachlichkeit" der Erotik zurückgekommen sind, verlangt auch die Jugend Amerikas zurück von der entseelten Erotik der petting party, und das Sexualproblem der Jugend Amerikas ist nicht mehr die Befreiung des Sexus, sondern die Verbindung von Sexus und Eros - die Verknüpfung der "himmlischen" und der "irdischen" Liebe.

R.E.

---

### Grossreinemachen. x

---

SPD. Die Welt hat einen neuen Geruch bekommen. Sie riecht, so weit die Nase trägt, nach Seife, Soda, Bohnerwachs, Terpentin, Salmiakgeist, Mottenpulver, nach Farbe, Lack und Leim. Die Welt hat auch ein neues Gesicht bekommen. Wo sonst friedlich der Zahn der Zeit nagte, da präsentiert sich jetzt wilder Aufruhr: überschwemmte Wohnungen, heruntergerissene Vorhänge, senkrechte Teppich

auf Stangen baumelnd, abgekratzte Wände, knallgrüne Fensterläden (Achtung, frisch gestrichen!), neue Blumen- und Streifentapeten. Einfach Sodom und Gomorra in jedem anständigen Haushalt. Töpfe, Bücher, Stopfgarn, Essiggurkengläser ungebügelte Wäsche, ungestopfte Strümpfe, alte Hüte, Abseifbürsten, Persilpakete Anzüge mit heraushängenden Taschen, alte Briefe, Zeitungen, Kalender, Schrankpapier, Reissbrettstifte, Putzeimer, Teppichklopfer, übergekochte Milch und angebrannte Kartoffeln, weinende Kinder und händeringende Männer: alles durcheinander. Und endlich haben sich auch die Weltgeräusche grundlegend verändert. Autohupen verkümmern neben diesem unermüdlichen Klopfen, das Morgens um 7 Uhr anfängt und Abends um 7 Uhr noch nicht zu Ende ist. Denn dann liegt gerade noch das Keilkissen auf der Veranda und wird geklopft. Geklopft, dass es sich biegt und windet, dass das Seegras innen wimmert und der Drell traurige Fäden in die Atmosphäre hängen lässt.

Myriaden von Bazillen rasen durch den Aether. Billionen von Motten werden schmachvoll und unerbittlich vernichtet. Die Spinnen sind auf der Flucht nach unbewohnten Inseln. Die letzte Maus sieht ihrem Ende entgegen, und das letzte Atömchen Schmutz ist im Begriff, in Benzin, Terpentin und Soda sein kleines bisschen Leben auszuhauchen.

Das ist nun scheinbar so bestimmt in Gottes Rat, dass die letzten acht Wochen vor Ostern ein dauernder Hausputz sind. Acht Wochen lang wird gescheuert, geschrubbt, gewaschen, geächzt und gestöhnt. Vor allem aber geklopft. Wütend, unerbittlich! Jede Familie klopft für sich. Jede klopft tagelang. Die Kissen, die Läufer, die Matratzen, die Kleider, das Plüschsofakissen, das Sofa, den Ueberzieher, die Fussmatte, die Portière, die wunderschönen Lambrequins, das Oberbett, das Unterbett, die Steppdecke, die Wolldecken; alles, was irgendwie das Klopfen aushält, wird bestimmt geklopft. Jeder Teil an einem besonderen Tage, Morgens, Mittags bis zur Nacht.

O, es ist etwas Schönes um die Reinlichkeit, aber sie darf nicht in ein Laster ausarten.....

Draussen sind die linden Lüfte erwacht. Draussen geh'n die weissen Wolken Die Welt ist wie ein Märchen, ist voll Grün und Blau und Weiss und Gold und wird schöner mit jedem Tag. Die Morgen sind voll Andacht, die Abende voll Ver-zückung. Muss das sein, das wir die schönste Zeit des Jahres verhausputzen? Wozu haben wir Elektrizität, Gas, Maschinen, Technik? Wozu haben wir neue Sachlichkeit? Wozu Rationalisierung? Und wozu haben - ganz zaghaft gefragt - wir Frauen unsern doch sonst so gesunden, klaren Menschenverstand?

br.=str.

---

SPD. Der standhafte Gatte.<sup>x</sup> Herr und Frau Quantsch stehen vor einem Hutgeschäft. Damenhüte im Schaufenster. Einer schöner als der andere. Einer teurer als der andere. "Welcher gefällt dir denn am besten?" fragt Frau Quantsch. "Der, den du auf dem Kopfe hast", sagt Quantsch und zieht seine Gattin fort....

---

SPD. Am besten geeignet.<sup>x</sup> Lulu betritt ein Warenhaus.

"Ich möchte gern einen Fächer."

"Bitte sehr, gnädige Frau. In welcher Art darf er sein?"

"Er soll zu meinem Gesicht passen."

"Oh, da hätten wir ein paar sehr hübsche handgemalte Sachen...."

---

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin. den 7. April 1930.

Syv Söstre.<sup>x</sup>

SPD. Syv Söstre ist ein ungeheuer hoher Gebirgszug im nördlichen Norwegen, dessen sieben Gipfel miteinander verbunden sind. Nach einer alten norwegischen Sage sind es sieben Königstöchter, die hier zu Schnee und Eis erstarrt sind.

Am Fusse der "sieben Schwestern" stehen zwei Fischerhütten. Ganz einsam. Erst sieben Stunden südlicher stehen wieder ein paar Hütten. Das eine Blockhaus gehört dem Fischer Baardsen. Sein Sohn Holm ist mit der Tochter des Fischers Christensen, des Besitzers der zweiten Hütte, versprochen. Karen und Holm wolle im Mai heiraten. Nur noch wenige Wochen sind es bis zu ihrem grossen Tage.

Holm ist ein guter Fischer. Seine Fische setzt er mit Leichtigkeit in der grossen Konyvenfabrik in Tromsö ab. Von dort holt er auch Speck und Fleisch und Kattun - kurz: was eben ein Fischer braucht. Karen kann stolz sein: sie bekommt den prächtigsten Jüngling von ganz Nordnorwegen zum Manne.

Nur plagt sie seit kurzem eine grosse Sorge. Seitdem die Eismeerküste wieder offen ist, die Holzfrachtdampfer von Archangelsk den Fjord passieren und die fremden Fischdampfer wieder nach den Lofoten fahren, liegt Karen so manche Nacht wach und grämt sich um Holm. Ihr Verlobter - schmuggelt. Kapitän Frederickson vom Regierungsboot ist ihm schon mehr als ein Mal dicht auf den Fersen gewesen. Aber Holm lacht ihn nur aus. Das letzte Mal war er so flink in eine verborgene Bucht entschlüpft, dass Frederickson im Eifer des Gefechts sein Boot auf eine Klippe setzte. Die Barkasse wurde leck und musste nach Tromsö abgeschleppt werden. Frederickson hatte Rache geschworen; Holm lachte nur.

Drei Wochen waren es nun noch bis zur Hochzeit. Da sprach eines Abends Karen mit Holm: "Versprich mir - lass dieses Handwerk! - Die Sorge um dich frisst mich noch auf. Versprich mir, dass du es nie mehr tun wirst, sonst - könntest du mich verlieren."

Holm liebte Karen leidenschaftlich. Er gelobte ihr: "Nie mehr....."

Und noch acht Tage zogen ins Land. Holm stand am Bootssteg. Es packte ihn mächtig. In einer halben Stunde musste die "Anna Maria", der deutsche Holzdamper, aufkommen, - und nun war er durch das Versprechen an Karen gebunden. Er sah schon die Positionslichter der "Anna Maria". - Es zog ihn nach dem Boot. Es war stärker als seine Überlegung - er konnte nicht anders. "Nur noch dieses eine Mal," sprach er zu sich selbst. Dann stiess er das Boot ab.

Es war eine Nacht ohne Mond. Die "Anna Maria" verlangsamte ihre Fahrt. Ein gedämpfter Ruf "Ahoi!" Holm gab Antwort. Der Dampfer stoppte. Holm ging mit seinem Boote breitseits. "Zwölf," sagte einer von der Reeling des Dampfers herunter. Holm verstaute die Kanister. Der Maschinentelegraph klingelte. Die "Anna Maria" fuhr davon. Holm warf den Motor an, - er hatte keine Lichter gesetzt.

Noch achtzig Meter - jetzt nur noch fünfzig - da scholl ein Ruf - ein Scheinwerfer blendete - "Stop!!" Holm wollte im Bogen wenden. Da peitschte ein Schuss. Langsam sank der Körper Holms in sich zusammen. Das Regierungsboot nahm Holms Barkasse ins Schlepp nach dem Bootssteg.

Am Ufer stand Karen, hoch aufgerichtet. Ihre Augen blickten auf den Fjord. Als die Leute den leblosen Körper Holms an ihr vorbei trugen, wandte sie sich

nicht; Das Regierungsboot dampfte ab. Karen stand noch immer am Ufer. Sie sah niemanden. Ihre Augen blickten nur auf den Fjord.....

+ + +

In Tromsö sagen die Leute, Frederickson sei nach dem tragischen Vorfall mit Helm nicht mehr ganz richtig im Kopfe. Er erzählt allen Menschen, er habe Karen am Ufer stehen sehen, aber es sei garnicht Karen gewesen. Sie hätte ausgehen, als ob eine der "sieben Schwestern" herabgestiegen wäre.

Aber das ist natürlich Unsinn, nicht wahr? Die sieben Gipfel der Syv Söstre stehen ja heute noch unbeweglich und starr. Otto Gutzeit.

---

### Monte Carlo.<sup>x</sup>

---

SPD. Kennen Sie dieses seltsame Gefühl? Sie haben jahrelang mit einer Frau die Sie nicht von Angesicht kennen, korrespondiert. Sie hat Ihnen ihr Bild geschickt, und Sie haben gesehen, dass sie schön ist. Sie haben mit ihr über alle Ihre Meinungen ausgetauscht, worüber man sich schreiben kann. Sie haben ihr die Nichtigkeiten und die Wichtigkeiten Ihres Lebens mitgeteilt und haben die Nichtigkeiten und die Wichtigkeiten ihres Lebens aus ihren Briefen gelesen. schliesslich glauben Sie, alle Züge ihres Gesichtes und alle Falten ihres Herzens zu kennen. Und dann endlich treffen Sie diese Frau. Kennen Sie dieses seltsame Gefühl in den ersten Minuten des wirklichen Sehens?

So etwa geht es dem Fremden, nur so kann es ihm gehen, wenn er zum ersten Male nach Monte Carlo kommt. Das also, das ist es? Hier hat Gott einen kleinen Hafen angelegt, und auf diesen Bergen hat er wie in einem Amphitheater eine kleine Puppenstadt aufgebaut. Und die Menschen haben einmal seinen Willen verstanden und das Ganze ausgebaut zu einer Sache, von der man nicht weiss, ob man sie Himmel oder Hölle nennen soll. Eine himmlische Hölle. Ein höllischer Himmel.

Wie aus einer Spielzeugschachtel mutet die kleine Stadt Monaco an, wie ein Märchen für grosse Kinder. Als ich dort ankam, war gerade das Ende einer Automobilsternfahrt und die Preisverteilung durch den Fürsten. Der Platz vor dem fürstlichen Palais war festlich geschmückt. Tribünen waren aufgebaut. Die Soldaten, bunt und freundlich, schienen mehr zur Auskunft für die Fremden und als schmucke Staffage dieser schönen Landschaft da zu sein. Sie hatten keine Stahlhelme auf und keine verbissenen Mienen und spielten nicht Krieg. Aus dem Schlosse kam langsam zu Fuss ein schlanker, eleganter Mann in den besten Jahren: der Fürst. Alles erschien so unwirklich, an verklungene Zeiten gemahnend und war doch alles Frühling 1930. Die Autos, die verdreckt zwei Tage vorher nach schweren Fahrten hier angekommen waren, glänzten frischgeputzt und leuchteten wie die Gesichter der vielen Sieger und Siegerinnen, die die Preise aus der Hand des Fürsten entgegennahmen. Ganz Monaco klang wider vom Rollen und Surren der schweren Maschinen; es war ein fröhliches Hupen, und wie die Ameisen flitzten die Wagen kreuz und quer an den Berghängen umher.

Dann geht man durch die Parks, die mit einer Ruhe und Frieden spendenden Eleganz gepflegt sind. Diese Parks, von denen man sich in der ganzen Welt Schauermärchen erzählt, dass sich hier eine Unzahl unglücklicher Spieler erschoss, die ihr letztes Geld auf die letzte Karte setzten und verloren. Man sieht von den Felsen herunter auf das tiefblau glitzernde Meer und überlegt, wie Viele schon hier standen an dem gleichen Fleck an sonnigen Tagen und in schwarzen Nächten und grübelten, woher sie das Geld für einen einzigen Einsatz nehmen sollten. Alte Engländerinnen verschnaufen auf den Bänken ein wenig vom Spiel, unermüdlich damit beschäftigt, die sorgsam notierten Gewinnzahlen zu addieren und zu subtrahieren, zu multiplizieren und zu dividieren, um doch endlich einmal dem Glück auf die Spur seines Systemes zu kommen.

Wie ein Märchen mutet das alles an, und wie im Märchen wurde ich zum Schnorrer. Ohne jede Absicht. Hat man einige Male das Casino umkreist, dann wagt man sich hinein. Leute legen Garderobe ab. Man tut das Gleiche. Leute wandeln in einem prunkvollen Foyer hin und her. Man mischt sich unter sie. Eine Schelle klingelt. Eine Türe öffnet sich. Alles strömt dorthin. Man folgt. Noch eine Türe, und man steht in einem prunkvollen Theaterraum. Die Leute setzen sich irgendwohin. Man setzt sich ebenfalls. Es ist ja doch alles hier wie im Märchen. Plötzlich ist man mitten im zweiten Akt von "Madame Butterfly". Hinter her habe ich festgestellt, dass es doch nicht ganz so märchenhaft ist, und dass die Plätze wie auch sonst überall in der Welt verkauft werden. Obzwar ich die fünfzig Francs nicht bezahlt habe, kann ich doch versichern, dass die Oper in Monte Carlo Kräfte hat und Vorstellungen bietet, die sich sehen und hören lassen können.

Dann endlich dringt man weiter vor bis an die Tische, in deren Mitte die Kugeln rollen, diese flüchtigen Kugeln, die der Mittelpunkt so manches Lebens sind. Ein Rendezvous, das sich die ganze und die halbe Welt gibt. Da kann man alle Sprachen hören und alle Menschentypen sehen, die in Gottes grossem Tiergarten herumlaufen. Da sind alte Frauen, die aussehen, als müsste man ihnen ein kleines Geldstück schenken. Sie setzen Tausender. Da sind Menschen, undurchdringlich, elegant, die zusammenzucken, wenn sie zehn Francs verlieren. Eine Hast und nervöse Unruhe liegt über dem Ganzen. Sind das Menschen von der Sonnenseite des Lebens? Da sind Frauen in kostbaren Pelzmänteln und mit Schmuck beladen. Aber auf ihren Gesichtern liegt eine Unruhe, die abstösst, ein Gehetztsein, das fast Furcht einflösst. Da sind Menschen, die sind von weit her gekommen, sind Tage und Nächte durch gefahren, um bis an diese Spieltische zu kommen. Wochenlang sind sie schon da und haben noch nicht einmal das Meer gesehen, das lachend und blau zwanzig Meter weiter an den Ufern brandet. Nichts kennen sie von dieser wunderschönen Landschaft ringsum, von den Bergen, deren Kuppen Schnee tragen, von den Tälern und Schluchten, der Romantik und dem Zauber dieser ganzen Gegend, der in der Natur, in den Häusern, in den Menschen hier lebt und webt. Sie kennen von der ganzen Côte d'Azur nur ihr Hotelzimmer und diese grünen Tische, denen sie restlos verfallen sind. Da sitzen Männer, deren Ernst anderer Aufgaben wert wäre. Männer, die ein Leben lang Geld zusammenrafften und die Pfennige umdrehten; jetzt springen die Tausender über den Tisch.

Die bunten Jetons, die da zu Bergen aufgestapelt in langen Reihen vor den Croupiers liegen, repräsentieren eine Flut von Vermögen. Manche Familie hat im ganzen Monat nicht so viel zum Leben, wie so eine einzige runde oder eckige Marke wert ist. Und hier wird sie mit einer Nachlässigkeit, mit einer Verachtung über das Zahlenfeld geworfen, als sei sie weniger wert als ein alter Hosenknopf. Menschen stehen umher, flüstern Zahlen, starren auf die Kugel, die rollt. Frauen lächeln Dich an, und je mehr Du gewinnst, desto freundlicher wird ihr Lächeln, desto zuversichtlicher verraten ihre Mienen: was Du hier gewinnst, darfst Du an mich verlieren. Wer viel herumfliegt in der Welt, der erkennt viele Gesichter wieder. Da sind die Kokotten vom Kurfürstendamm; die da hat Dich einmal in Paris angelacht; jene dort sass in Budapest am Nebentisch beim Fünfuhrtee im Ritz. Und die blonde Russin da mit dem enganliegenden, schwarzen Kleide, das ihre gute Figur nur zu deutlich verrät, die muss ihren alten Grafen verloren haben; sonst ginge sie nicht so allein hier zwischen den Tischen auf und ab mit diesen grossen, ein wenig lächelnden Augen, als suche sie, Raubtier aus Profession, ein neues Opfer.

Benommen noch und schwindlig fast von dem Blick auf die ewig rollende Kugel, bedrückt von der Luft, die in diesen Sälen, vermischt mit tausenderlei Parfüms und dem Rauch der Zigarren und Zigaretten sich einem schwer um die Schläfen legt, sucht man das Freie, die linde Luft der Nacht. Die Reklamaplakate fallen einem ein, die man in den vielen Reisebüros las von den "feengleichen Nächten" in Monte. Und wirklich: alles leuchtet wie aus tausend

und einer Nacht. Das weisse Kasino ist grell erleuchtet. Scheinwerfer lassen die Palmen auch bei Nacht in ihrem satten Grün erscheinen. Die Anlagen, Springbrunnen und Hotels sind in ein Meer von Licht getaucht. Nur die See ist in Dunkel gehüllt und grollt leise über die Menschen, die gelernt haben, Tag und Nacht zu vertauschen. Schüchtern greift man in seine Manteltasche und spürt dort die Zeitungen. Stände in ihnen nicht, dass die Welt draussen ruhig und unruhig weitergeht, dass die Sorgen und Nöte, die Freuden und Leiden immer noch die gleichen seien, man hätte es hier vergessen. Diese Menschen hier lesen keine Zeitungen und wenn sie auch sonst draussen jedem Extrablatt nachgerannt sind, hier ist das vergessen und versunken. Und würden Sie in den Spielsaal rennen und schreien, dass die Welt untergeht, man würde sich nicht weiter drum kümmern, sondern Sie nur bitten, etwas leiser zu sprechen, oder Ihnen höchstens sagen: "Wenn schon, aber lassen Sie mich wenigstens erst noch meinen Einsatz machen!"

Mario Mohr.

### Die ältesten Werkzeuge.<sup>x</sup>

SPD. Das beliebteste Material des älteren Steinzeitmenschen waren der Feuerstein und die Knochen. Seltener wurden andere Steinarten, Fischgräten, Muscheln und Geweihe verwendet. Ganz sicher hat es zahllose Holzgeräte, wie es sie ja auch heute noch gibt. Dass man so selten welche findet, beruht nur auf der Verweslichkeit des Holzes. Unter günstigen Erhaltungsbedingungen jedoch, z.B. in den bayerisch-salzburgischen Bergwerken, hat man trefflich erhaltene hölzerne Hämmer, Leitern, Hackeln und dergleichen in grosser Zahl aus den ältesten vorgeschichtlichen Zeiten gefunden.

Warum der Mensch gerade auf den Feuerstein verfiel? Feuersteine sind an sich kein häufig vorkommendes Material. Sie finden sich nur unter bestimmten Umständen in alten Meeresablagerungen, dann allerdings gewöhnlich massenhaft. Dass Feuersteingeräte aber überall ziemlich gleichmässig auf der ganzen Erde, im Europa des Westens so gut wie in Russland, in Ägypten wie in China gefunden werden, lässt sich meines Erachtens nur durch einen ausgedehnten vorgeschichtlichen Welthandel erklären. Feuersteine waren offenbar ein Handelsartikel allerersten Ranges, wie es später auch Bernstein und Bronze waren.

Feuerstein hat nämlich die Eigenschaft, durch einfaches Zurechtschlagen rasiermesserscharfe Kanten zu erhalten. Der Mann der Vorzeit hat sich denn auch sicher Jahrtausende hindurch mit Feuersteinen rasiert, wie es der Australier von heute ebenfalls noch tut, soweit er nicht einen gefundenen Glasscheffben als wertvolles Besitztum schätzt.

Diese Klingenbildung macht den Feuerstein für hundert Hantierungen geeignet. Man schliff und polierte erst später, und dafür eignete sich dann nicht mehr der kieselhaltige Feuerstein, sondern weit besser eine Anzahl quarzhaltiger Gesteine, wie Granit, Syenit, Nephrit, Serpentin. Die Neusteinzeit bediente sich fast nur noch solcher Werkzeuge, und in diesem Stadium der Kultur hält man heute auch im Paradiesland am Korallenmeer. Man verwendet dort genau die gleichen schwarzen, glänzend polierten Hämmer, die grünen Serpentinbeile, wie in Europa vor Jahrtausenden; ja, man schäfftet sie sogar in der gleichen Weise, nur mit dem sehr natürlichen Unterschiede, dass der Europäer dazu Lederriemen brauchte, der Südseeinsulaner dagegen, der keine einheimischen Vierfüssler kennt, aus deren Haut man Leder machen könnte, Palmenbast.

Aus Fischgräten werden an den Küsten des Stillen Ozeans genau so Angelhaken gemacht wie einst an den Ufern des Bodensees. Grosse Perlaustermuscheln werden als Kratzer verweundet; ganze Berge von Muschelschalen, die zur Nahrung dienten, häufen sich auf den Kokoseilanden ebenso auf, wie sie seit vorgeschichtlicher Zeit am dänischen Strande liegen. Holzgeräte gleich dem Ge-

zähe der Salzburger Bergwerke werden allenthalben verwendet. Ja, um die Wiederkehr des Gleichen bis zur Vollendung zu treiben, malen die australischen "Aboriginals" auf Baumrinde und Felswänden mit Röteln und Schwarz in gleicher Weise Figuren, Herden und Jäger, wie sie in den spanischen und französischen Höhlen der Steinzeit entdeckt wurden.

Wer Lust dazu hat, kann aus diesen Tatsachen eine Art Entwicklungsgang herauslesen. Ja, man kann sich diesem Zwange gar nicht entziehen, und die Vorgeschichtsforschung wird dieser Tatsache weit mehr Beachtung schenken müssen, als sie es heute noch tut.

R. Francé.

### ----- Die nichtgeschriebenen Ansichtskarten. -----

SPD. Ein jungverheiratetes Berliner Paar, Kappelt mit Namen, hatte in eine Opelwagen seine Hochzeitsreise angetreten, die bestimmungsgemäss nach dem Rhein führen sollte. 14 Tage lang hatten die glücklichen Flitterwöchner nichts von sich hören lassen. Ein nicht vorstellbares Kuriosum für die Mutter der jungen Frau, dass die jungen Leute einen geschlagenen halben Monat lang nicht das geben, was für sie im eigentlichsten Sinn ein Lebenszeichen bedeutet. So hält sie die nicht eintreffenden Lebenszeichen für Todeszeichen und alarmiert die Polizei. Die Presse bemächtigt sich der Sache und stellt in dem Pessimismus, den sie in solchen Fällen berufsmässig pflegt, schreckliche Vermutungen auf: Mit dem Auto in den Rhein gestürzt? Auf einsamer Landstrasse von Räubern erschlagen?

Aber nein, im ungeeignetsten Augenblick, als gerade die spannendsten Hypothesen auftauchen, trudeln die Hochzeitsreisenden in bester Laune und lächerlich wohlbehalten in Berlin ein. Es ist ihnen nicht das Mindeste zugestossen. Sie haben nur, weil das Wetter so schön war, ein paar Abstecher gemacht und die Reise etwas länger ausgedehnt, als vorgesehen war. Die publizistische und kriminalistische Seite der Angelegenheit ist damit erledigt, aber noch nicht die familiäre. Nie wird es die Mutter der jungen Frau verstehen können, wieso Leute, die eine Reise machen, und noch dazu eine Hochzeitsreise, keine Ansichtskarten schreiben, wo doch in ihrer Jugend der Ehrgeiz, durch Ansichtskarten über die Tatsache des Verreistseins den Verwandten- und Bekanntenkreis zu orientieren, zuweilen geradezu das Motiv der Reise war.

Eine seltsame Generation, die da heranwächst, neue, unheimliche Menschen: Menschen ohne Mitteilungsbedürfnis. Schlechte Zeiten drohen der Ansichtskartenindustrie. Die Kappelts sind ihre Totengräber. Eines Tages werden eine verklungene Sage die geflügelten Worte sein, die vergangenen Geschlechtern bei jedem kleinsten Abschiednehmen erbarmungslos um die Ohren geschlagen worden sind und ihr Schwatzbedürfnis provoziert haben, die Worte: "Lassensemal was von sich hören! - Schreimsemal!"

Agricola.

SPD. Drahtlose Abhörung des Herzschlages.<sup>x</sup> Der italienische Arzt Dr. Nikolaus Pende soll, italienischen Zeitungsmeldungen zufolge, ein sinnreiches kleines Instrument von grosser Bedeutung konstruiert haben, mit dem man den menschlichen Herzschlag auf enorme Entfernungen hörbar machen kann. Der "Herzhörer" wird auf die Radioapparate montiert; angeblich gelang es dem in Genua wohnhaften Erfinder, den Herzschlag-Rhythmus eines in London lebenden Kollegen ganz genau abzuhören. Die praktischen Vorteile der interessanten Erfindung sind unabsehbar; sollte sie sich in der Praxis als absolut zuverlässig bewähren, so werden in Zukunft grosse Reisen zwecke ärztlicher Konsultation

überflüssig. Dre. Pende arbeitet zurzeit an einem Apparat, mit dem man den Herzschlag der Flugzeugpiloten vom Zimmer des Arztes wird kontrollieren können; ungeachtet dessen, in welcher Höhe sich das Flugzeug befindet. Auf diese Weise wird man wissenschaftlich genau erforschen können, wie der menschliche Organismus auf den Höhendruck reagiert.

---

SPD. Silber mehr wert als Gold?<sup>x</sup> Unserer goldhungrigen Nachkriegszeit ist es kaum verständlich, dass es Zeiten gegeben hat, in denen Silber höher geschätzt wurde als Gold. Der Geschichtsschreiber Agatharcides z.B., der im 2. vorchristlichen Jahrhundert lebte, hat berichtet, dass seine Landsleute für eine Unze Silber zehn Unzen Gold gaben. - In Irland wurde zu wiederholten Malen Gold in so grossen Mengen gefunden, dass es ungemein im Werte sank. Die Grafschaft Clon war 1854 eine Art Goldgrube. Nach zeitgenössischen Aufzeichnungen fand man dort "schubkarrenweise" Gold. In der Grafschaft Athlone entdeckte man wenige Jahre später ein Goldlager im Werte von über einer Million Mark. Gold wurde eben häufiger im Sande von Flüssen und Bächen gefunden, während Silber mit ganz wenigen Ausnahmen immer in grossen Tiefen gegraben werden musste.

---

SPD. Ein unerreichbarer Kunstgenuss.<sup>x</sup> Eugen d'Albert erhielt von einem entfernten Verwandten einen Brief: "Jetzt erst habe ich erfahren, dass Sie der berühmte Klaviervirtuose sind. Bei der Weitkäufigkeit unserer Verwandtschaft ist diese späte Kenntnis übrigens kein Wunder. Ich gäbe viele Tausende darum, wenn ich Sie einmal Klavier spielen hören könnte...."

D'Albert schrieb erstaunt zurück: "Das können Sie doch sehr leicht haben. Warum sollen Sie da viele Tausende ausgeben? Ein Taler für eine Eintrittskarte genügt ja schon für jedes Konzert, das ich gebe...."

"Nein, so einfach ist das nun auch wieder nicht," schrieb der Verwandte zurück. "Ich bin nämlich taubstumm...."

---

SPD. Schonendes Werturteil.<sup>x</sup> Professor H. an einer süddeutschen Universität hat sich wie sein berühmter Vater das Lehrfach der Mathematik als Lebensberuf erwählt. Bei einer Zusammenkunft mathematischer Prominenter in besagter Universitätsstadt hatte H. den Vorzug, Professor Einstein als Gast in einem Hause aufnehmen zu dürfen. Einstein beschäftigte sich viel mit dem achtjährigen Söhnchen des Professors, das schon eine für sein Alter erstaunliche mathematische Begabung verriet.

"Ja," sagte Professor H. nicht ohne Stolz, "das hat mein Artur von seinem Grossvater geerbt."

"Gewiss", erwiderte etwas abwesend Einstein, "es ist ja bekannt, dass sich das Talent immer vom Grossvater auf den Enkel vererbt."

---

SPD. Drahtlose Flugzeug-Orientierung im Nebel. Neuerdings ist in Amerika ein Rundfunk-Apparat konstruiert worden, mit Hilfe dessen unter Verwendung besonderer Hochfrequenzstrahlen Flugzeuge im dichtesten Nebel navigieren und landen können. Besonders hat sich das Verfahren bei der Annäherung an einen Landungsplatz bewährt. Schon in 6 km Entfernung und in 700 m Höhe über dem Flughafen kann man den Hochfrequenzstrahl derart empfangen, dass eine Landung ohne Gefahr, wie zahlreiche Versuche bewiesen haben, möglich wird.

---